

Ersteinst. halbes Preis: 10 Pf. Durch die Post bez. Preis: 12 Pf. Vereinspreis: Die dreifache Zahl. — Schluß der Abnahme in den Haupt-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzstr. 66. Telefon 4719. Post-Expedition: Breslau 64, Mehlstr. 10. Telefon 337. Expeditions-Verlag: Breslau 17-18. Ullrich-Expeditionen: Glatz, Wilhelmstr. 24. Telefon 1066. Glatz: Kuntz & Co. Telefon 2324. Geschäftszeit: von 9-19 Uhr. Geschäfts-Nachricht: am Haupt-Verlag Breslau. — Verlags-Gesellschaft: m. b. H. Breslau. — Druck: „Bauart“-Breslau, Glatz, Kreuzstr. 66.

## Giftgase für den nächsten Weltkrieg

In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir:  
Das Hamburger Giftgas-Unglück hat nicht nur in der Bevölkerung der großen norddeutschen Hafenstadt Beunruhigung hervorgerufen. Ueber Hamburg hinaus beschäftigt man sich in der Öffentlichkeit mit den Gefahren, die durch aufgespeicherte Giftgase entstehen können und insbesondere auch mit der Rolle, die das Giftgas in einem Zukunftskrieg spielen könnte. Kürzlich hat auf diese Frage im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ Major Carl Franz Endres eine Antwort zu finden gesucht. Er hat sie in dem weiteren Rahmen der Kriegsführung behandelt.  
Endres geht davon aus, daß die Zeit der Massenheere vorüber sei. Der mechanisierte Krieg der Maschinen löst den Zahlenwahn der nachnapoleonischen Zeit ab. Deshalb, so meint er, „wäre die deutsche Wehrverfassung eines Söldnerheeres wohl für einen Zukunftskrieg größten Stils geeignet, sofern 1. ein Milizsystem noch dazu in Wirkung treten würde und 2. die industrielle Produktion von Kriegsmaschinen Deutschland freigegeben wäre.“ „Es ließe sich“ — immer nach Endres — „unter diesen Umständen die Verteilung der Aufgaben folgendermaßen denken:

1. Reichswehr:
  - a) als Bedienung aller Maschinen (Kanfs, Flugzeuge, spezialisierte Artillerie, technische Truppen, Abgabe von Unterführern);
  - b) als Kadretuppe für im Kriege einrückende und besondere Kriegstruppenteile bildende Milizen;
  - c) als Instrukture für die Friedensübungen der Miliz.
2. Reichsmiliz.
3. Hilfsdienst für die Kriegsindustrie.“

Es würde also künftig zwar die Bevölkerung so umfassend wie noch nie vom Kriege betroffen werden, aber stärker in der Heimat als in der Frontbetätigung. Deshalb ist nach Endres zu erwarten, daß die Kriegsführung sich bemühen wird, den Widerstandswillen der sogenannten friedlichen Bevölkerung zu brechen. „Luftangriffe mit Brisanz, Munition und modernsten Vergasern gegen die Stätten der Kriegsindustrie und gegen die von dichten Volksmengen erfüllten Städte“ werden von der amerikanischen Schule als Hauptaktionen empfohlen, die es eventuell sogar unnötig machen, sich in verlustreiche Schlachten mit den feindlichen Armeen einzulassen. „Wenn in der deutschen Militärliteratur die Wirkung des Gases als humaner oder als weniger stark angegeben wird, so könnten“, meint Endres, „dafür Gründe vorhanden sein, auf die einzugehen sich für ihn erübrige“. „Man scheint von dem neuesten Gase, das als strenges Geheimnis von jedem Staat behandelt wird, obwohl es nachweisbar jeder Großmacht besitzt, nicht sprechen zu wollen oder nicht sprechen zu dürfen.“ Tatsächlich seien Bombengeschwader schon jetzt im wesentlichen überholt, denn „viel gefährlicher und leichter geheimzuhalten ist die Ausrüstung mit modernen Vergasern wirksamsten Gases, die zu vielen Hunderten auf jedem modernen Passagierflugzeug mitgenommen und abgeworfen werden können.“ Eine solche Vergasermaschine wiegt nur fünf Pfund, so daß jedes moderne Verkehrsflugzeug ohne Kriegsausbau sechshundert solcher Vergaser mitführen könne. Endres meint, „daß eine einzige chemische Fabrik Vergaser in einer Menge herstellen könne, die ausreicht, Dutzende von Großstädten in Leichenfelder zu verwandeln.“

Wie wird sich der Luftangriff auf die Großstädte abspielen?  
Endres stellt als Lehrsatz auf: „Wer sich freies Feld in der Luft erkämpft hat, kann die feindliche Bevölkerung nach Belieben töten.“ Deshalb stellt man sich drei Staffeln vor: Kampfflugzeuge gegen die Verteidigungs-Tagelugzeuge der Angreifenden; dann eine zweite Staffel von Bombenflugzeugen, die „zahlreiche Brisanzbomben und Phosphorbomben über der Stadt abwirft und dadurch die Massen zur panikartigen Flucht in die Keller veranlaßt.“ Dieser zweiten Staffel folgt eine dritte, die „zahlreiche Vergaser mit sich führt, und verteilt auf das ganze Stadtgebiet, abwirft.“ Die Vergaser strömen ein schweres, schon in feinsten Verdünnung absolut tödlich wirkendes Gas aus, das alle Keller und Erdgeschosse füllt.“  
Endres belegt diese Mitteilungen aus der militärwissenschaftlichen Literatur, namentlich der Amerikaner. Er weist darauf hin, daß bei der offiziellen und offiziellen Literatur über den chemischen Krieg auch militärpolitische Rücksichten mitspielen, und in desto höherem Maße, je mehr gerade der nichtmilitärische Teil des Volkes in erster Linie unter diesem Kriegsmittel leiden würde, gegen das die Armeen sich weit besser schützen kann als die dichtgedrängte Masse der Stadtbewohner. Auch Generaloberst v. Seeck hat kürzlich mit Nachdruck betont, daß die Vernachlässigung des Stadtbezuges gegen Giftgas bei uns unverantwortlich sei. In anderen Ländern finden sich wenigstens Ansätze zu einem solchen Schutze. Freilich, das betont auch Endres: „Man kann nicht die industriellen und die landwirtschaftlichen Produktionsplätze bombensicher und gasdicht eindecken. Das wird nur für besonders wichtige Betriebe der Industrie und für große landwirtschaftliche Speicher möglich sein. Ein Bis-zu-Ende-Denken der

Gebanken der neuen Kriegsführung „führt auf Forderungen, die heute kaum erfüllbar erscheinen. Die Länder müßten in Festungen verwandelt werden, die ganze Menschheit müßte außer ihren oberirdischen Behausungen unterirdische und gasdichte besitzen. Diese Anpassung würde bedeuten, daß die Menschen in ewigem Kriegszustand leben.“ Ein unerträglicher Zustand, namentlich angesichts der Spannungen innerhalb der Länder, die größer sind als je zuvor. Da das ausgebildete und hochqualifizierte Berufsheer nur verhältnismäßig klein zu sein braucht, ist „die Kriegsführung heute nicht mehr so auf die gesamte Masse des Volkes als Streikkräft angewiesen“. Deshalb ist es denkbar, daß in einem Zukunftskriege „Teile der bewaffneten Macht die dem Kriege widerstrebenden Teile des eigenen Volkes niederhalten müssen, während die Maschinentruppen einstweilen das feindliche Volk vernichten.“ Alle Möglichkeiten und Kombinationen, die sich hier eröffnen, auszumalen, vermag die Phantasie.

### 10 Tote in Hamburg

Hamburg, 23. Mai. Die Gaskatastrophe in Hamburg hat im Laufe des Dienstags ein neues Todesopfer gefordert. Im St. Georgs-Krankenhaus starb am Dienstagmorgen Frau Brodowski aus Wilhelmshurg. Weiter wurden am Dienstag dort weitere sechs Erkrankte eingeliefert, deren Erkrankung aber leichter Natur ist. Damit hat die Zahl der Toten 10 erreicht.

Heute vormittag sind Giftgasachverfändige aus dem ganzen Reich zu einer Sitzung im Hamburger Polizeipräsidium zusammengetreten, um über die Art der Unschädlichmachung der noch auf der Beddel lagernden Phosphorvorräte zu beraten. Die Polizeibehörde gibt bekannt, daß nach Anhörung der Sachverständigen die noch auf dem Platz in der Hofstraße lagernden Bestände an Phosphor auf gefährliche Weise vernichtet werden sollen.

Die sozialdemokratische Presse sucht in bekannter Niederträchtigkeit und Verlegenheit die Aufmerksamkeit von den imperialistischen Rüstungen durch eine Giftgasbege gegen die Sowjetunion abzulenken. Wie sie all die Memomorde im Interesse ihrer sozialdemokratischen Minister versucht, will sie als getreuer Diener des Reichswehrministers die Giftgasrüstungen wegleugnen.

### Vor einem Textilarbeiterstreik in Württemberg

Stuttgart, 24. Mai. (Eig. Drahtber.) Am 21. Mai fanden die letzten Einigungsverhandlungen für die Württembergische Textilindustrie statt. Dieselben scheiterten. Damit werden die Belegschaften von 40 Betrieben, die bereits gelündigt haben, Ende dieser Woche in den Streik treten. Nach Angaben des Textilarbeiterverbandes handelt es sich um 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

### Um den Metallarbeitermanteltarif in Berlin

Berlin, 23. Mai. Heute nachmittag fanden zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband neue Verhandlungen zwecks Abschlußes eines Manteltarifvertrages für die Berliner Metallarbeiter statt. Nach mehrstündigen Verhandlungen kamen die beiden Parteien überein, den bisherigen Manteltarif um einen Monat oder bis zum Abschluß des neuen Vertrages zu verlängern, damit kein tarifloser Zustand eintritt. Eine kleine Kommission, der die gleiche Anzahl Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter angehört, wurde gebildet, um die umstrittenen Fragen des neuen Tarifvertrages zu regeln.

### Vom Tage

In Anwesenheit des Arbeitermörders Roske, des berüchtigten Staatssekretärs Weigmann, wurde in Bremen der Kreuzer „Köln“ vom Stapel gelassen.

Wie das norwegische Telegarphenbüro meldet, hat die „Italia“ gegen Rittersnacht den Nordpol überflogen.

Der Streik der Eisenbahn- und Postarbeiter hat nach Berichten aus Buenos Aires mit der Erklärung eines 48stündigen Generalstreikes durch die regionale Arbeiterföderation eine weitere Ausdehnung erfahren.

## Die Zahlen sprechen!

Ueber die Wahlergebnisse in Schlesien und Oberschlesien  
D. Breslau, 24. Mai.

Jubel bei der Arbeiterschaft, Erschrecken bei der Bourgeoisie — das ist der beherrschende Eindruck der Wahlen vom 20. Mai. In allen Industriezonen und in zahlreichen ländlichen Kreisen Mitwirkung der Arbeiterschaft, Anstürmen der kommunistischen Stimmziffern. Im roten Berlin Zunahme der kommunistischen Stimmen von 376 038 auf 611 190. Der Schreck der Bourgeoisie ist begründet. Die Hauptstadt der kapitalistischen Republik mit dem Sitz der Regierung tanzt auf einem sozialen Vulkan. Und die totgeglaubte soziale Revolution kündigt durch die Stimmen von 3 1/2 Millionen Männern und Frauen des arbeitenden Volkes an, daß sie lebt. Alle bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten fühlen: Die deutsche Bourgeoisie hat eine Schlacht verloren.

Wie im Reich, so haben auch in Schlesien und Oberschlesien Kleinbürgerliche Schichten der Bevölkerung in Massen die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten verlassen. Gewinner sind in beiden Provinzen zum Teil die Sozialdemokraten, dann die Mittelstandspartei, die ihre Stimmzahl im Wahlkreis Breslau verdreifachte, und die Wirtschaftspartei, die an allen Orten an Stimmen gewann.

Am entscheidendsten sind die Deutschnationalen in ihrer schlesischen Hochburg geschlagen worden. Sie verloren an Stimmen:

im Wahlkreis Breslau . . .	rund 55 000
im Wahlkreis Liegnitz . . .	rund 30 000
im Wahlkreis Oppeln . . .	rund 20 000

Nur durch Listenverbindung konnten sie ihre nieder- und mittelschlesischen Reichstagsmandate behaupten. Vergeblich war der raffinierte ingenierierte Landbündrummel, die Aufhebung der Kleinbauern gegen die Arbeiterschaft in den Städten. Auch die Anwendung von Zunderbrat und Peitsche gegen die Landarbeiter, Versprechungen eines Wahlalters und Drohungen mit Entlassungen konnten die deutschnationalen Niederlage nicht verhindern. In den Großstädten versuchten die deutschnationalen Regisseure die braven Kleinbürger am Vorabend der Wahl durch das Gespenst des Bolschewismus zu schrecken und ließen die Anschlagfäden mit Pfaffen befeuern, an denen Dutzende von Galgen den Spießer mahnten: Wähle deutschnational, sonst wird auch in Deutschland der rote Schrecken wüten und Galgen über Galgen errichten. Auch diese letzten geistigen Anstöße sind auf Verlustkonto zu buchen. Freilich darf nicht verkannt werden, daß die Deutschnationalen nur geschlagen, aber nicht zerschlagen und vernichtet sind. Fast eine Viertelmillion Stimmen im Wahlkreis Breslau, zu einem nicht unerheblichen Teil von Arbeitern herrührend, zeigen, daß die Partei der monarchistischen Wiederherstellung und der Volksausplünderung mittels ihres großen Beeinflussungsapparates und ihrer Machtmittel immerhin noch sehr beträchtliche Schichten von Wählern und Wählerinnen, die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören, irreführt und mißbraucht. Erst nach dem Siege des Proletariats, wenn die wirkliche, endgültige Abrechnung mit den deutschnationalen Demagogen erfolgt sein wird, und die Galgen nicht nur auf den Anschlagfäden deutschnationaler Wahlplakate zu finden sein werden, dann wird dem deutschnationalen Spuk der Garauz gemacht werden. Bis dahin aber wollen wir der Bande durch intensive Arbeit Dorf für Dorf, Stadt für Stadt streitig machen.

Auch die Volkspartei hat schwere Verluste, prozentual gerechnet, im Wahlkreis Breslau noch stärker als die Deutschnationalen Volkspartei erlitten. Sie sank im Wahlkreis Breslau von 73 837 auf 57 660 Stimmen, büßte im Wahlkreis Liegnitz 11 000 Stimmen ein und konnte nur in Oberschlesien unter Aufwand großer Geldmittel ihren kläglichen Stimmenrest von 15 000 Wählern und Wählerinnen aufrechterhalten.

Unerwartet kam die schwere Erschütterung des Zentrums zum Ausdruck. Eine so schwere Niederlage wie am Sonntag hat das Zentrum in den letzten Jahren in Schlesien nicht erlitten. Wenn auch diese Partei durchaus nicht so stabil ist, wie allgemein angenommen wird — lediglich den Frauenwahlstimmen verdankt sie es, daß sie nach der Revolution nicht das Schicksal anderer bürgerlicher Mittelparteien teilte —, so ist der Stimmenverlust dieser Partei auch in rein katholischen Gegenden außerordentlich schwerwiegend. Im Wahlkreis Breslau allein verlor das Zentrum 30 000 Stimmen. Ganz verblüffend greift die „Schlesische Volkszeitung“ darüber, „daß das mittelschlesische Zentrum stark ins Hintertreffen geraten und hinter dem Diasporabereich Liegnitz, der 13 Prozent Stimmen verlor, weit zurücksteht. Hier wie überall im Reich müssen wir rein katholische Gegenden von dem so schwer ringenden Diaspora-Katholiken (Katholiken, die in Gegenden leben, die eine andersgläubige Mehrheit haben. D. Red.) beschämte lassen.“

Weiter hat die KPD in Oberschlesien ihren Bestand im wesentlichen erhalten und nur 200 Stimmen



verloren. Fast eine Viertelmillion Zentrumstimmen in einem Arbeiterland zeigen, wo mehrere überschüssigen Genossen den Gehel ansetzen müssen, um die Massen der katholischen Arbeiter in die Massenfront einzureihen.

Ueber die demokratische Konturenmasse Betrachtungen anzustellen, verlohnt nicht mehr.

Die Sozialdemokraten haben am besten in Oberschlesien abgeschnitten. Dort haben sie ihre Stimmzahl verdoppelt. Allerdings unter außerordentlich intensiver Bearbeitung des gesamten ober-schlesischen Gebietes, die bereits vor drei Jahren einsetzte, als der Pöbel von den Parteistrategen „reorganisiert“ wurde. Der als „Unter“ verdächtige Chefredakteur O. K. u. j. ist bürgerlicher Redakteur in Katowitz, flog aus der Redaktion. Als starker Mann wurde das Parteivorstandsmittagtes Stellung, Ministerpräsident a. D., beauftragt, im Bezirk die Oberaufsicht zu übernehmen. Hunderttausende von Wählern in das Unternehmen hineingelockt. Der gesamte Gewerkschaftsapparat wurde in den Dienst der Partei gestellt usw. Und trotzdem gelang es den Reformisten, welche bereits im ober-schlesischen Teil zahlenmäßig nachgewiesen wurde, nicht, der kommunistischen Partei die Führung der Arbeiter im Industriebezirk zu entreißen. Nur in Hindenburg konnte die SPD. unsere Partei etwas zurückdrängen, ohne indessen ihre vorherrschende Stellung zu erschüttern. In Gletwick, Beuthen-Stadt und Beuthen-Land, Bobret, Karf usw. konnte die kommunistische Partei ihre starke Position noch verbessern. In Hindenburg, Sobret, Karf und vielen anderen Industrieorten ist sie dem Zentrum an Stimmen überlegen und die stärkste der Parteien. Ihren Gewinn verbankt die ober-schlesische Sozialdemokratie in erster Linie der systematischen Bearbeitung des flachen Landes. Hier gilt es, vom Feinde zu lernen.

Der Wein der sozialdemokratischen Freude ist nicht nur in Oberschlesien, sondern auch in Mittel- und Niederschlesien erheblich durch die Vermutstropfen der starken kommunistischen Erfolge getrübt worden. Wie arg haben sich wieder einmal die sozialdemokratischen Propheten blamiert! Auf dem Gärlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei ausgeführt habe, einen Faktor in der deutschen Politik zu spielen. Als dann 1923 die Arbeiterschaft in Massen zu uns strömte, erklärten die sozialdemokratischen Strategen welle: „Das ist die Folge der Inflation.“ Und bei den Dezemberwahlen 1924 triumphierten „Volkswacht“, „Vergewalt“, „Vollblatt“: „Der Inflationstongern der SPD. geht der Auflösung entgegen!“ Vier Jahre nach der Inflation setzten die sozialdemokratischen Propheten alle Hoffnungen auf das Häuflein ultralinker Spalter, von deren Tätigkeit sie eine Massenabwanderung kommunistischer Wähler und die Zerstückelung der Partei erwarteten. Auch diese Hoffnung schmolz wie Schnee in der Sonne. Die einstige Domäne der Ultralinken, Weidling, zeigte bei der Wahl, um einen Mehrzähligen Satz zu gebrauchen, daß das einzig wesentliche dieser Sektierer ihre Wesenlosigkeit ist. Bei 89 000 Stimmen für die SPD., 600 Stimmen für das Häuflein berer um Urbahns. Und wenn in Breslau und einigen Orten Schlesiens die sogenannten „linken Kommunisten“ einige hundert Stimmen ergattern konnten, so nur infolge des Irrtums vieler Wähler und Wählerinnen, die dem Firmenschwandel der Urbahns-Heute zum Opfer fielen und in ihrer Unkenntnis ultralinks wählten, wie sicherlich mancher schlecht orientierte sozialdemokratisch eingestellte Arbeiter lediglich infolge einer Verwechslung den Sozialdemokraten seine Stimme gab. Die Verdoppelung der kommunistischen Stimmzahl in Breslau hat den Sozialdemokraten gezeigt, wie trügerisch ihre Hoffnungen auf die Schwächung unserer Partei durch die Gründer und Kuple gewesen sind. Und wenn der von der kommunistischen Stimmengewinn aus den Wahlen gefasste weise Politiker Darf die bornierte Behauptung aufstellt, die kommunistischen Stimmengewinn rührten aus dem völkischen Lager her, so kann ihm nur ein Höllengelächter antworten. Ein Blick auf die Wahlsitzern im Arbeiterbezirk Breslau-West, im Zentrum und im Osten lehrt, daß sich das Verhältnis zwischen den Wahlsitzern der SPD. und der KPD. erheblich zugunsten der KPD. geändert hat. In einer Reihe von Bezirken, wo wir früher wie 1:10 zur SPD. standen, drückt sich unser Verhältnis zu dieser Partei heute in 1:5 und in andern Bezirken, wo die Arbeiterschaft dominiert, in 1:3 aus. Das ist der härteste und entscheidende Erfolg der kommunistischen Partei in den letzten Jahren, den wir mit außerordentlichem Vergnügen begrüßen und als Symptom dafür betrachten, daß die kommunistische Partei in der Hochburg Löhns und des Reformismus an Raum gewinnt und vorwärtschreitet. Ist auch in unserem Kräfteverhältnis zur SPD. der Reichsdurchschnitt 1:3 noch nicht erreicht, so nähern wir uns ihm Schritt für Schritt.

Nicht ganz so einseitig und verlogen wie Herr Darf vertritt der „Volkswacht“-Redakteur v. Reventlow den kommunistischen Wahlsieg zu verkleinern. Er schreibt: „Die Kommunisten werden mit dem Gesamtergebnis für Schlesiens schwer besonders zufrieden sein, denn ihrem Fortschritt in Breslau und Oppeln steht ein Rückgang im Wahlkreis Liegnitz gegenüber.“

Mit Verlaub, Herr Reventlow, mit Ihrer Rechenkunst scheint es noch schlechter bestellt zu sein, als mit Ihren politischen Kenntnissen. Im Wahlkreis Liegnitz hat die kommunistische Partei ihre Stimmzahl von 20 192 auf 25 499 erhöht. Das ergibt einen Gewinn von 25 Prozent. Die Sozialdemokratische Partei gewann im Wahlkreis Liegnitz 26 230 Stimmen, mithin beträgt ihr prozentualer Stimmengewinn bei einer Stimmzahl von 201 874 im Dezember 1924 nur 12 Prozent. Wer hat also Anlaß, unzufrieden zu sein? In Liegnitz, in Grünberg, in Hirschberg, in Goldberg und zahlreichen anderen Orten Niederschlesiens schreitet die kommunistische Partei, wie die Stimmzahlen beweisen, rüstig vorwärts. Unbefriedigend sind niederschlesische Teilergebnisse in Lauban, Bunzlau, Reusalz und einigen anderen Orten. Hier zeigte sich der Mangel einer gründlichen Bearbeitung des flachen Landes. Ohne Verluste in diesen Gebieten wäre der kommunistische Gewinn ganz anders in Erscheinung getreten. Gearbeitet haben unsere Genossen auch in Niederschlesien unter außerordentlich großer Hingabe und Aufopferung. In zahlreichen Kreisen haben unsere braven Wahlhelfer Nacht für Nacht gepöpiert, und zu Fuß und zu Rad die ländliche Umgebung im Umkreis von 20 bis 30 Kilometern mit Flugblättern belegt, Plakate geklebt usw. Doch die intensivsten Anstrengungen unserer opferwilligen Genossen während der Wahl allein genügen nicht. Notwendig ist die Schaffung eines unzerstörlichen Bandes zwischen Stadt- und Landproletariat. Ueber andere Mängel und Schwächen unserer Arbeit, in den Bezirken, in den Gewerkschaften usw. wird in einem besonderen Artikel zu reden sein.

Bei aller nüchternen Betrachtung der Dinge können wir

# Auf zur IV. Heerschau der Roten Front in Berlin

jedoch heute schon konstatieren: Allen Prophezeiungen sozialdemokratischer Propheten, allem Ansturm der reformistischen Führer, aller Ausnutzung des Gewerkschaftsapparates zur Kommunistenhege zum Trotz marschiert die kommunistische Partei in beiden Provinzen und macht der Sozialdemokratie in zäher und gleichwüthiger Arbeit den Boden kreitig, den sie für sich in Erbpacht zu haben glaubt.

Die Massen in Schlesien und Oberschlesien, die geblendet von der sozialdemokratischen Scheinopposition der Partei des Reformismus ihre Stimme in der Hoffnung gaben, daß sie Arbeiterinteressen vertreten wird, sie werden sehr bald zu der Erkenntnis kommen, daß sie abermal irreführt worden sind. Schon finden die sozialdemokratischen Blätter ganz offen an, daß die Große Koalition die einzige Möglichkeit des Erfolges des 20. Mai ist, und in den Jubel der sozialdemokratischen Presse über den Wahlausgang (siehe

„Volkswacht“ vom Mittwoch) klingt bereits der Unterton der Sorge über die kommende Entwicklung. Die sozialdemokratische Führer wissen selbst nur zu genau, daß sie in der Koalition proletarische Interessen nicht vertreten, sondern nur die Interessen geben können. Verlangen doch Volkspartei und Zentrum heute schon Sicherungen für ihren Eintritt in die Koalition, das heißt Garantien dafür, daß die Sozialdemokratie nicht durch Forderungen die vorübergehende Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft erschüttert und an der Innenpolitik der verflorenen Bürgerblockregierung festhält. Außenpolitisch geht die SPD mit den imperialistischen Bürgerblockparteien ohnehin konform. Sorgen wir durch restlose Aufklärung der verfallenen Sachlage dafür, daß diese die Rolle der sozialdemokratischen Partei erkennen. Dann wird die verlorenen Schlacht des Bürgerkriegs vom 20. Mai eine entscheidende Etappe sein auf dem Weg zur Verschmetterung der kapitalistischen Herrschaft.

## Heke gegen die Sowjetunion!

De Monzie hofft auf die Sozialdemokratie

Einen Tag nach der Wahl veröffentlicht der französische Unterrichtsminister de Monzie im Organ „Strefemanis“, der „Täglichen Rundschau“, einen Artikel unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Der Kampf ganz Europas gegen den Kommunismus“, in dem er anknüpfend an das deutsche Wahlergebnis klipp und klar und in aller Offenheit die Frage der Bildung einer Einheitsfront aller europäischen Staaten gegen die Sowjetunion stellt.

De Monzie führt dieselbe Sprache wie Chamberlain vor dem provokatörischen Bruch mit der Sowjetunion. Für die Reise DeLafans nach Wien macht er die Sowjetregierung verantwortlich und erklärt, daß alle Nichtteilnahmeverträge, die die Sowjetunion abschließt, praktisch auf dem Papier stehen. Er deckt nicht nur vollkommen das Verhalten Englands, sondern fordert geradezu Polen auf, dem englischen Beispiel zu folgen.

Er schreibt wörtlich: „Die Frage des Verhältnisses Westeuropas zu Rußland und zum Kommunismus muß m. E. jetzt unbedingt geklärt werden.“

Es scheint mir ebenso notwendig zu sein, daß man, um mit Rußland überhaupt mit Nachdruck verhandeln zu können, eine Einheitsfront schließen muß.“

De Monzie ist einer jener französischen Radikalen, um deren hohen Gunst willen die französischen Kampagne der deutschen Sozialdemokratie die Arbeiterschaft beim zweiten Wahlgang gespalten haben und die Unterstützung kommunistischer Kandidaturen gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt haben. De Monzie, einer der begehrtesten Vorkämpfer der französisch-deutschen Allianz, erweist sich jetzt als einer der schlimmsten Kriegstreiber. Das sind die französischen Freunde der deutschen Sozialdemokratie.

Aber es ist kein Zufall, daß dieser kriegerische Pazifist sich mit seinem Einheitsfrontvorschlag gegen die Sowjetunion gerade jetzt an Deutschland wendet. Er setzt seine Hoffnungen auf die deutsche Sozialdemokratie. Und er weiß, warum.

## 26 polnische Kommunisten in Berlin verhaftet

Berlin, 23. Mai. Die politische Polizei stellte nach einem Bericht der III. gestern Abend fest, daß im Sitzungszimmer eines bekannten Lokals im Berliner Zentrum 26 polnische Kommunisten eine Besprechung abhielten, die dem Wirt des Lokals als die Sitzung eines Esperantobereichs angemeldet worden war. Die Polen, die sich größtenteils ohne polizeiliche Anmeldung und sonstige Papiere in Berlin befanden, wurden verhaftet. Ihre Vernehmung macht große Schwierigkeiten, da keiner von ihnen deutsch spricht.

Ganz in der Linie des bürgerlichen Presseknob, der über „polnische Kommunisten in Berlin“ usw. ein hysterisches Geschrei anstimmte, schreibt der „Vorwärts“: „Die polizeiliche Untersuchung dürfte noch weitere Kreise ziehen. Soviel scheint aber schon jetzt festzustellen, daß sich die Verhafteten zum größten Teil mit innerpolitischen polnischen Angelegenheiten befassen, daß ihnen aber wahrscheinlich der Boden in Polen zu heiß unter den Füßen geworden ist. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, von woher die gefälltesten Papiere kommen. . . natürlich ist die politische Polizei verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Ausländer verhindert werden, sich in die innerpolitischen deutschen Verhältnisse einzumischen.“ (!)

Wie einst die wilhelminische Polizei in Berlin sich zum Genossen des Zarismus erniedrigte und „russische Verschwörer“ bespitzelte, so gibt sich die Polizei des Sozialdemokraten Borgebel zum Handlanger des blutbesudelten Filialregimentes her. Daß der „Vorwärts“ diesen Schurkenstreich deckt, liegt vollkommen in der Linie der Verleumdung der SPD.-Presse.

## Geständnis eines Donez-Gaboteurs

Moskau, den 22. Mai.

In der gestrigen Verhandlung des Schacht-Prozesses wurde der Angeklagte Kalganow verhört. Er arbeitete als Bergwerksarbeiter an der Seite Berezowski und nahm an der konterrevolutionären Verschwörung ebenfalls teil. Er gestand unumwunden sein Verbrechen und erzählte alles, was er von seinen Komplizen wußte. Er beteiligte sich an der Schädigungsarbeit, machte unentgeltliche Besuche im Betriebe, erteilte jahrelang systematisch durch Berezowski den früheren Besitzern über den Zustand der Kohlenwirtschaft im Donez-Becken Auskunft. Jedoch als Kalganow ihn über die Motive seiner Handlung befragte, erklärte er, daß er nicht nur aus materiellen Motiven, sondern auch aus Ueberzeugung gehandelt hat. Im letzten Jahre scheint ihm jedoch ein Licht aufgegangen zu sein, und er fing an zu zweifeln, ob die Sowjetmacht gestürzt werden kann. Diese Zweifel, sagte er unter großer Heiterkeit der Zuhörer, waren so stark, daß er sich überlegte, ob er noch einmal Geld von der konterrevolutionären Organisation annehmen solle.

Morgen beginnt die Vernehmung des Hauptangeklagten, Ingenieur Bajalin, der eine führende Rolle in der russischen Abtötung der KCC spielte.

## Uhangsholin im Panzerzug!

Im Peking, 21. Mai. Aus Peking wird gemeldet, daß Reichshof Uhangsholin der Presse erklärte, er beabsichtige nicht, Peking kampflös aufzugeben. Uhangsholin ängerte sich wegen Japan, daß dieses eine zweideutige Politik ihm gegenüber betreiben. Wenn Japan an dem Ultimatum festhalte, werde er alle diplomatischen Beziehungen zu Japan abbrechen. Er sei zu Friedens-

verhandlungen mit den Südruppen bereit, wenn diese die Schantung Provinz räumen. Uhangsholin habe bereits seit einer Woche im Panzerzug.

## Veruchsfahrt des Raketenautos

200 Stundenkilometer in 45 Sekunden.

III. Berlin, 23. Mai. Vor einem geladenen Publikum führte heute vormittag der Erfinder des Raketenautos von Opel auf der Luftbahn bei Berlin seine Erfindung vor. Geheimrat Schütte wies bei der die Vorführung einleitenden Feierlichkeit darauf hin, daß man die Hoffnungen auf die neue Erfindung zuerst nicht überschätzen dürfe. Der bevorstehende Kongreß der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt werde sich mit der Bedeutung der Rakete für einen Welttraumflug befassen. Wenn das Raketenflugzeug Tatsache geworden sei, dann werde man Neuhork von Berlin aus in wenigen Stunden erreichen können. In seiner Erwiderung wies Herr von Opel darauf hin, daß seine Arbeiten infolge einer Indiskretion zu früh an die Öffentlichkeit gekommen seien. Grundlegend neu sei die Feststellung, daß die Fortbewegung im luftleeren Raum möglich sei. Mit dem Raketenauto sei erst eine Etappe erreicht, die zweite Etappe bilde der Antrieb eines Autos, wobei die 333-Ekm.-Stunden-Geschwindigkeit erreicht werden soll. Die dritte Etappe sei das Motorrad, das ohne Gefahr für den Fahrer eine Stunden-Geschwindigkeit von 200 bis 220 Kilometer erreichen soll. Später werde man versuchen, in Höhen von 20 bis 30 Kilometer mit Flugzeugen vorzustoßen, und es bestünde Aussicht, ein Fahrzeug zu bauen, mit dem man in den Weltraum vorstoßen könne. Kurz nach Vollendung seiner Rede bestieg Herr von Opel das Raketenauto, das bei stärkster Rauchentwicklung wie ein Pfeil dahinschoß. Bei seiner nachmaligen Vorbeifahrt an den Tribünen, wobei er die letzte Rakete entzündete, wurde eine Geschwindigkeit von 200 Stundenkilometern in ca. 45 Sekunden erreicht.

Die Vemeisaufnahme im Prozeß gegen Ganz und Gen. geschloßen. III. Leipzig, 23. Mai. Im Hochverratsprozeß gegen Braun, Semmelmann und Gen., der nach der Abtrennung des Verfahrrens gegen Semmelmann ein Prozeß gegen Ganz und Genossen geworden ist, wurde die Vemeisaufnahme heute geschlossen. Morgen werden die Plädoyers und das Urteil für Freitag nachmittag zu erwarten.

Bisher 155 Leichen auf der Mather-Grube geborgen. III. Pombon, 23. Mai. Ergänzende Meldungen aus Neuhork besagen, daß von den bei dem Grubenunglück auf den Mather-Kohlenbergwerken in Pennsylvania eingeschlossenen Bergleuten nunmehr 155 Leichen geborgen sind. Man erwartet, bis zum morgigen Tagesanbruch noch weitere 35 Leichen an die Oberfläche bringen zu können.

Wieder zwei Bergwerkunglücke in Amerika. III. New York, 23. Mai. In Bluefield (Westvirginia) ereignete sich eine Minenexplosion, durch die vier Bergleute getötet wurden. Auch in Elia (Kevada) wurden vier Bergleute durch Mineneinsturz getötet.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Es wird bekanntgegeben, daß in der Ohlauer Straße 43, bei der Firma Otto Hauptfleisch, Damen- und Herrenhüte, von einsechsten bis zum elegantesten Genre gegen bequeme Teilzahlungen verkauft werden. Bisher ist dieser Artikel gegen Teilzahlung noch nicht gehandelt worden. Da doch vor den Feiertagen das wenig Arbeitslohn nicht reicht, um sich gegen das einzubeden, ist dieses Angebot günstig, und wollen Sie bitte davon recht regen Gebrauch machen. Im übrigen hermeilen wir auf das heutige Feiertag



# Oberschlesien Vor den Zug geworfen . . .

Eine zehntköpfige Familie auf die Straße gestoßen — Der Verzweiflungsschrei einer Proletarierin

Im Oppelner Zentrumblatt lesen wir: „Im Sinne eines Menschheitsbundes, der uns auf diese furchtbare Not aufmerksam macht, geben wir folgenden erschütternden Nachruf zum Muttertage Raum:

Vorbei ist der Muttertag! Werklungen sind die vielen und schönen Worte, die das Bild der Mutter prägen. Familienfreundliche Mütter braucht der Staat, soll er nicht zugrunde gehen. Kinderreiche Familien braucht und ersehnt der Staat.

Sollen alle diese Worte leeres Schall sein, sollen sie in den Wind jehaßen sein? Wer hat schon einer verzweifelten Mutter gedacht, die in Maria panie wohnt! Sie hat acht Kinder; ein Knabe ist in der Lehre, ein Mädchen aus der Schule ausgetreten. Der Mann ist arbeitslos geworden, allerdings durch seine Schuld (!). Von ihm soll weiter nicht die Rede sein. Aber welches Elend nügt an der Mutter, an den acht Kindern! Seit über einem Jahre ist die ganze schwere Last nur auf ihre Schultern gelegt. Ohne Geld, ohne Aussicht auf bessere Tage. Das Herz blutet einem, wenn man die armen, hungernden Kinder sieht. Sie können nicht leben und nicht sterben. Vor einigen Tagen wurde diese fast zehntköpfige Familie zwangsweise aus der Wohnung evakuiert und in eine Stube und Kammer untergebracht! Die Mutter brach aus Verzweiflung zusammen. Sie wollte sich unter den fahrenden Zug werfen, wurde aber noch rechtzeitig fortgerissen. Wer kann den Schmerz der Mutter ermessen. Muß sie nicht verzweifeln? Muß eine Familie zugrunde gehen? Wo bleibt die tätige christliche Nächstenliebe? Wo sind die Müttervereine?

Wo sind die Frauenvereine? Wo ist das Wohlfahrtsamt? Wo sind alle die anderen, die wirklich große Not lindern sollen und

können? Will man warten, bis ein größeres Unglück geschehen ist? Hier muß bringende Hilfe einsehen, sofort, sonst ist es gar zu spät. Nur den Kindern und der Mutter soll man Hilfe zuteil werden lassen! Was können unschuldige Kinder für die Sünden anderer. Best einer Mutter von acht Kindern vor dem furchtbaren Zusammenbruch!

Der Name dieser ärmsten aller Mütter ist für solche, die ihr wirklich helfen wollen, in der Redaktion des „Oppelner Kurier“, Oppeln, Oberstraße 16, zu erfahren. Wir hoffen zuversichtlich, daß sich Menschenfreunde finden werden, die mit warmem Herzen sich dieses Falles annehmen. Auch wir sind gern bereit, jedwede Hilfe zu vermitteln.“

Man beachte, in welcher widerlicher, selbstgefälliger Weise das Zentrumblatt den Fall behandelt. Um die sozialen Ursachen dieser proletarischen Tragödie zu verschleiern, schiebt sie die Schuld für die Verzweiflung der Mutter auf die angeblich selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit des Mannes. Aus einem Fall, der typisch ist für das Schicksal erwerbsloser Familien, macht sie einen behauerlichen, durch eigene Schuld verursachten Einzelfall. In selber Schrift prahlt das Blatt ferner damit, daß bereits Almosen für die Mutter eingegangen sind. Heuchlerbrut! Sie weiß ganz genau, daß durch „Wohltätigkeit“ Massenelend nicht beseitigt werden kann und Tausende ober-schlesischer Arbeiterfrauen sich in gleicher oder ähnlicher Lage befinden, wie die verzweifelte Mutter. Wir pfeifen auf eure Bettelpennige. Arbeit, Brot, auskömmlichen Lohn, Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft verlangt die ober-schlesische Arbeiterschaft.

## Hindenburg

**Keine Explosionsgefahr.** Das Presseamt teilt uns mit: Bei dem Großfeuer auf der Koksanstalt Stalley wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß der in nächster Nähe stehende Gasbehälter in Feuer geraten und explodieren könnte, wodurch der ganze Stadtteil in Gefahr wäre. Hierzu ist zu bemerken, daß ein Feuer in nächster Nähe auf den Gasbehälter absolut keinen Einfluß hat. Eine Explosion kann nur dann eintreten, wenn ein explosives Luftgemisch sich innerhalb des Luftbehälters bildet und dieses durch irgendeinen Umstand zur Entzündung kommt. Ein Verbrennen des Behälters bzw. des Gases in dem Behälter ist völlig ausgeschlossen. Während des Krieges sind wiederholt Gasbehälter durch Maschinengewehre beschossen worden. Dadurch ist keiner der Behälter zur Explosion gekommen. Das Gas ist durch diese Öffnung einfach entwichen und der Behälter hat sich entleert. Beim Entzünden einer dieser Öffnungen strömt eine lange Stichflamme heraus, weil diese Behälter ständig unter einem gewissen Druck stehen. Jede Befürchtung vor einer Explosion oder einem Entzünden des Gasbehälters ist völlig unbegründet.

## Die Gemeindevahl in der Großgemeinde Bobret-Marf

Mit den Wahlen zum Reichstag und Landtag zugleich fanden auch die Gemeindevahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Ordnungsbloc 1801, Zentrum 1730, Sez. 1073, Kommunisten 1940, Dem. 204, Freier Arbeiter- und Wirtschaftsbloc 158, Wirterschütz 211, Polen 498, Poln. Sez. 95, Invaliden und Witwen 159, Linke Kommunisten 345 Stimmen.

Wie in Hindenburg ist die SPD. auch hier die stärkste Partei.

## Zweierlei Maß für Hebammen-schülerinnen

Es gibt ein Gesetz über das Hebammenwesen vom 20. Juni 1922. Unter „Berücksichtigung“ dieses Gesetzes begann am 1. April d. J. ein Hebammen-Lehrgang in der Provinzial-Hebammenlehranstalt und Frauenklinik zu Oppeln. Der Herr Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien hat in Nr. 8 des amtlichen Publikationsorgans der ober-schlesischen Provinzialverwaltung die Bedingungen für die Aufnahme von Hebammenschülerinnen für diesen Lehrgang veröffentlicht. Unter

bleiben Bedingungen findet sich ein höchst merkwürdiger Passus, der beweist, daß man behördlicherseits in der demokratischen Republik den Begriff der Gleichberechtigung mit zweierlei Maß mißt. Dem Ausnahmegebot ist nämlich neben den sonst üblichen Urkunden laut dem Punkt 4 e beizufügen:

„Zeugnis der Ortspolizeibehörde (Amtsvorsteher) über die ständige Führung in den letzten acht Jahren, insbesondere darüber, ob und wann die Bewerberin außerordentlich geboren hat.“

Dieses Zeugnis bringt das amtliche Publikationsorgan im Sperrdruck.

Damit nicht genug, verlangt der Herr Landeshauptmann unter Punkt 4 f „eine von der Bewerberin schriftlich abgegebene und von der Ortspolizeibehörde bescheinigte Erklärung, ob und wann sie jemals außerehelich geboren hat.“

Nach diesem schönen Amtsdeutsch kann man zwar die Frage nach der außerehelichen Geburt sowohl auf die Erklärung als auch auf die Ortspolizeibehörde beziehen . . . aber Scherz beiseite! Man muß sich wirklich fragen, was der Herr Landeshauptmann für ein Interesse an den Hindbetten der Bewerberinnen hat. Oder glaubt er etwa, daß zwischen einer ehelichen und einer außerehelichen Geburt ein solcher Unterschied besteht, diese Bewerberinnen besonders zu kennzeichnen?



## Oppeln

### Abchiedsfeier der Roten Frontkämpfer in Oppeln

Die Beteiligung der Oppelner Kameraden des Roten Frontkämpferbundes am Reichstreffen ist dieses Jahr den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend sehr stark, besser wie im vergangenen Jahre. Auch von anderen Ortsgruppen wird eine starke Beteiligung gemeldet.

Die SPD-Kameraden, welche nicht mitfahren, sowie die Parteimitglieder und die mit der Roten Front sympathisierenden Arbeiter und Jugendlichen werden aufgefordert, die nach Berlin fahrenden Kameraden am Freitag, dem 25. Mai 1923, abends nach der Bahn zu begleiten.

Antreten um 18 Uhr am alten Schützenhaus. Wenn es die Zeit nicht erlaubt, beim Antreten zugegen zu sein, der hat sich um 18,30 Uhr vor dem Bahnhof einzustellen.

Jeder Kamerad und jedes Parteimitglied ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sich die Oppelner Arbeiterschaft zahlreich an der Abchiedsfeier beteiligen.

Zarnau. Nachlänge von der Wahl. (Arbeiterfortschritt.) In der Nacht vom 18. zum 19. Mai verließen Unbekannte offenbar aus politischen Gründen in das Pfarrhaus einbringen. Das Ueberfallkommando aus Oppeln wurde benachrichtigt. Doch als dasselbe zur Stelle war, waren die Täter verschwunden. Da der hiesige Pfarrer als polnischer Landtagskandidat bekannt ist, handelt es sich offenbar um ein geplantes nationallistisches Attentat. Selbstverständlich hieß es gleich: „Die Kommunisten wollen in das Pfarrhaus eindringen.“ Doch wie die bisherigen Untersuchungen ergeben, handelt es sich um streng katholische und gut bezahlte Kräfte aus Groß-Stettin (offenbar deutschnationale).

Bei der Reichs- und Landtagswahl ließ der hiesige Wahlvorstand viel zu wünschen übrig. Ein Arbeiter kommt zur Wahl und muß feststellen, daß er in die Liste nicht eingetragen ist, weil er gegenwärtig in Borsdorf beschäftigt ist, und vorübergehend abgemeldet ist. Der Irrtum wird festgestellt, und der Gemeindevorsteher fragt die Wähler, ob der Arbeiter in die Liste eingetragen werden soll. Alle, außer dem Förster Biola, haben nichts dagegen. Und so wird der Arbeiter in die Liste nicht eingetragen. Herr Biola, der als Kommunistenfeind bekannt ist, hat geahnt, daß der Arbeiter nicht wie er wünscht, wählen wird. Wir protestieren gegen solches Verhalten und verlangen, daß in Zukunft so wie es üblich ist, die Mehrheit entscheidet und solche Leute zum Wahlvorstand nicht mehr zugelassen werden.

## Arbeiter Oberschlesiens!

Die ober-schlesischen Arbeiterdelegationen und Roten Frontkämpfer fahren zum 4. Reichstreffen nach Berlin

am Freitag, dem 25. Mai 1923 mit dem Zuge, der in der Richtung Randzin—Oppeln den Bahnhof Gleiwitz 17,29 Uhr passiert und in Breslau 20,36 Uhr eintrifft.

Auf dem Breslauer Hauptbahnhof treffen wir mit den schlesischen Kameraden und Teilnehmern zusammen und fahren wenige Minuten später weiter.

Beteiligt Euch zahlreich!

Wer seine Teilnahme noch nicht gemeldet hat, hole dies sofort nach bei den Funktionären des Roten Frontkämpferbundes!

Mit Rot-Front

Die Leitung  
des Roten Frontkämpferbundes OS.

## Eine Mahnung

Folgende Ortsgruppen haben die Wahlplakette noch nicht abgerechnet: Hindenburg, Bobret, Kreuzburg, Gogolin, Neustadt, Ratibor, Rgl. Neuborf.

Folgende Ortsgruppen haben für Wahlplakette nur Konto-Zahlungen geleistet: Mikulitzsch, Oppeln, Beuthen, Reiche, Mieschowitz.

Wir ersuchen um sofortige Schlussabrechnung.

Wahlfondsabrechnungen müssen bis spätestens Ende Mai vorgenommen werden.

Bezirksleitung Oberschlesien der SPD.  
Abt. Kasse



**SALEM  
AUSLESE**

## SINDBAD DER SALEM-RAUCHER

Zur Zeit des Kalifen Harun al Raschid lebte in Bagdad ein reicher und angesehener Kaufmann mit dem Namen Sindbad. Als er eines schönen Abends mit seinen Freunden auf der Terrasse seines Hauses die geliebte Salem-Cigarette rauchte, durch die er weit berühmt geworden war, hörte er einen Bettler auf der Straße laut klagen: „O, Allah, warum verteilst du die Güter des Glückes so ungleich und gönnst dem einen den herrlichen Genuß der wundervollen Salem-Cigarette, und dem anderen nichts als den von der Terrasse des reichen Mannes herunterwehenden Duft!“ Als Sindbad dieses hörte, ließ er den Bettler zu sich kommen, setzte ihn auf den Ehrenplatz an seiner Seite und sprach folgendermaßen: „Lieber Bruder, laß dir erzählen, welche unendliche Mühen, Sorgen und Schrecknisse mir das Leben brachte, bis ich den Reichtum gewann, den ich heute genieße, und bis ich diese wundervolle Cigarette fand, um die du mich beneidest. Meine Lebensgeschichte ist seltsam und lehrreich genug, um dir zu zeigen, wie wunderbar Allah die Geschicke der Menschen leitet.

Damit du aber erst deine eigenen Sorgen vergißt, rauche inzwischen diese süßduftende Cigarette SALEM AUSLESE.

(Fortsetzung folgt)



Die letzten drei Filmtage in der Saison!  
Heute, Donnerstag, nachm. 5 und 8 Uhr in den  
**Gewerkschaftshaus - Lichtspielen**



**Erklärende Worte von Ernst Friedrich, Berlin**  
**Abschließend 100 Lichtbilder!**  
Kinder haben Zutritt! Erwerblose, Rentner und Invaliden mit Ausw. bis 5 Uhr nur 25 Pfg., Kinder 25 Pfg., bei mindestens 10 Kindern nur 20 Pfg. u. ein Freibillet Erwachsene mit Ausw. 50 Pfg., ohne Ausw. 70 Pfg.

**Vereinigte Theater Breslau**

**Lobe-Theater**  
Von Sonnabend, den 19. 5. bis Freitag, den 25. 5. täglich 20 Uhr  
Arm wie eine Kirchenmaus  
Lustspiel v. Labislauß Fodor  
Sonnabend, den 26. 5. 20 Uhr:  
Zum ersten Male:  
Schieber des Ruhms  
Tragikomödie von Pagnol und Nivoix

**Thalia-Theater**  
Von Sonnabend, den 19. 5. bis Freitag, den 25. 5. täglich 20 Uhr  
Der Diktator von Jules Romains  
Sonntag, d. 20. 5. u. Dienstag, d. 22. 5., 15.30 Uhr  
Der Diktator  
Sonnabend, d. 24. 5., 20 Uhr  
Zum ersten Male:  
Bürger Schippel  
Romödie v. Carl Sternheim

**Stadttheater Breslau (Opernhaus)**

Montag, 20 Uhr  
**Madame Butterfly**  
Dienstag, 19.30 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie A 20  
**Figaros Hochzeit**  
Mittwoch, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie B 20  
**Der verlorene Gulden**  
Donnerstag, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie E 20  
**Zosca**  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie C 20  
**Rigolon**  
Sonnabend, 20 Uhr  
**Sar und Zimmermann**  
Pfungstsonntag 20 Uhr  
in Neuinszenierung  
**Der Postillon von Conjean**  
Hierauf  
Das Fest des Königs  
Pfungstsonntag 18 Uhr  
Die Reiterkrieger von Nürnberg



**Schauspielhaus**

Operettenbühne  
**Breslau**  
Telephon Nr. 36300

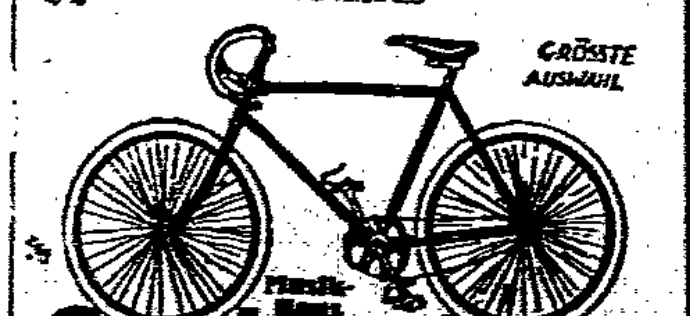
Täglich 20 Uhr  
**Eine einzige Nacht**

**Werte Damen!**

Wenn Sie noch Damen- oder Kinderhüte kaufen wollen, da besuchen Sie die Firma  
**Hilda Siedner, Breslau**  
Schmiedebrücke 15/16, Ecke Kupferschmiedestraße und  
Schmiedebrücke Nr. 12, gegenüber der Hadlorgasse  
Bekannt größte Auswahl u. allerniedrigste Preise



**Jedem ein Fahrrad**  
10 MARK Anzahlg.  
Wöchentlich 3 MARK Anzahlg.  
VERSAND NACH AUSWERTHALB



**Opitz & Löhne**  
BRESLAU 1 - NUR BREITESTR. 15  
AM. Hr. Schneider und mechan. Zuber

**Kurz-, Web-, Wollwaren**  
Erwin Neumann  
Breslau, Klosterstrasse 115 / 117



**J. Mandok**  
Kupferschmiedestr. 42

- Frotterhandtücher** erprobte Kräuselstoffqualität 1.60, 1.10 0.75  
**Badetücher** weiß oder bunt echtfarbige Muster . . . 8.50, 5.50 4.50  
**Bademäntel** geschmackvoll, neue Formen und Farben 23.-, 14.- 12.50  
**Badecapes** neueste Muster i. geschmackvoll. Verarbeitg. 21.50, 17.- 11.25  
**Badetrikots** in fesch. Formen, echtfarbig 5.25, 3.75 2.25  
**Kinderbadetücher** weiß od. bunt, Größe 100x100 cm 3.40 und 2.70 Größe 80x100 cm . . . 2.60 2.20  
**Kinderbadetrikots** flotte Farb., haltbar, Trikot, Gr. 50 cm 2.60 1.95  
**Frotterstoffe** gedieg. Qualität, l. groß. Musterauswahl  
**Badekappen** ☆ **Badeschuhe**

Am 19. Mai verstarb an den Folgen seines Kriegsleidens unser Mitglied.

**Max Kaiser**

50 Jahre alt, Brieger Strasse 25  
Ehre seinem Andenken!

**Internationaler Bund**  
der Opfer des Krieges und der Arbeit  
Ortsgruppe Breslau

Die Einäscherung findet am Freitag, d. 25. 5., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt.

**Bis zum Pfingstfest**

empfehle ich zu extra billigen Preisen moderne Herren-Anzüge von 22 Mk. an  
ferner große Auswahl in Sommermänteln, Windjacken gestreifte Hosen, Sporthosen, Lüfter-Jacken

**Erwin Gombinowicz**  
Teichstraße, Ecke Zwingerstraße  
2 Minuten vom Hauptbahnhof

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung  
Wäsche und Konfektion  
eigener Herstellung Gelegenheitsposten  
**S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10**

Bei **Wilhelm Vogel** kauft man **Schuhwaren aller Art** gut und preiswert  
Friedr.-Wihl.-Str. 66 Gräbschener Str. 19/21

Infolge Umstellung des Breslauer Fernsprech-Netzes

auf automatischen Anschluß hat sich unsere Tel.-Nr. geändert.

Läuten Sie bei Vergebung von Drucksachen nicht mehr Ring 8837 an sondern nur **Breslau 28837**  
Deuwig-Druck  
Breslau 10

**Wichtig**

Wir weisen b. Bedarf von Möbeln und Hausgeräten auf die Gelegenheitskäufe im Volkspeders hiermit nochmals hin. Ganze Wohnungseinrichtung sowie einzelne Schränke, Küchenbänke, Sofas, Chaiselongues, Placés u. vieles andere stehen zum baldig. Verkauf. Verkauf nur an Selbstverbraucher. Weib. an den Lagerhalter des ersten Breslauer Möbel.

**Volkspeders**  
Robert Stache  
Nur Berliner Str. 9  
Teilzahlung, gestattet



**Lederwaren**

Motorrad-Anzüge  
Windjacken  
Lodenmäntel  
Schuhe und Stiefel  
Anzüge, Mantelstoffe  
kauft man billiger als auf einer

**Duffion**  
Im Lombard- und Warenhaus  
Louis Hamburger  
26 Gartenstraße 26  
gegenüb. Markthalle

**Tassilo Krienke**  
Zigarren-Spezialhaus  
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

**Möbel**

Küchen, kompl., 7-tlg. von 80.- Mk. an  
Schränke, pol., 2-türig von 60.- Mk. an  
Anzehtische . . . von 38.- Mk. an  
Polierte Stühle . . . von 5.50 Mk. an  
Preisw. Schlaf-Herren- u. Speisezimmer  
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflegematr. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel  
**Biener & Dührig**  
Stühle und Möbel / en detail, en gros  
Mühlstr. 107 u. Weidenbergsweg 18/20

**Damenhüte**  
Gustav Thomas, Breslau  
Kätzelhohe 35 Ketzberg 24  
Durch eigene Fabrikation  
größte Leistungsfähigkeit  
in Preisen von 3.50 Mk. an

Direkt in der Fabrik kaufen Sie Ihre

**Anzüge**

fertig und nach Maß  
Preise bis 30% herabgesetzt  
**18<sup>50</sup> 28<sup>00</sup> 38<sup>00</sup>** und höher

Auf Wunsch bequeme

**Teilzahlung**  
**Rob. Hänel**

Herrenkleiderfabrik u. Maßgeschäft  
nur **Albrechtstr. 20**, 1. Etage  
an der Hauptpost

**Teilzahlung!**  
**Schuhe**

in allen mod. elegantesten Ausführungen.  
Nur im Schuhwaren-Spezialgeschäft  
**Kurt Altmann, Ohlauer Str. 43**

**Neu!** Damen- und Herren-  
**HÜTE**

**Teilzahlung**  
O. Hauptfleisch, Ohlauer Str. 43<sup>1</sup>

**Herm. Arnold, Inh. Alfred Kühn**

Greiffenberg, Fernruf 37  
empfiehlt bei vorkommendem Bedarf  
D.-S.-Steinblei, R.-S.-Schmiedelehle, R.-S.-Steinblei, Britisch, Braunkohlen-Britisch, Grubenlofs für Zentralheizung, Schmelzofen, tief. Schmelzofen, Schmelzofen, gehackt, gehackt in Bündeln, ab Platz und frei Haus  
Baumaterialien - Düngermittel  
Futtermittel

**Alfred Berger**  
Fleisch- und Wurstfabrik  
und Frühstückstuben  
**Bad Salzbrunn**

**Elektrische**  
Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate  
Installations-Materialien  
Licht- u. Kraft-Anlagen

**Radio**  
Elektro-Montage-Ges.  
m. b. H.  
Görlitz, Berliner Straße 60  
Telephon 145

**Julius Dobschall, Görlitz**  
Steinstraße 11 Fernsprecher 1429  
Haus- und Toiletten-Seifen  
Parfümerien, Wachswaren, Stearin- und Paraffin-kerzen

BESUCH DIE AUSSTELLUNG

**Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung**

am 16.-30. Mai / Annenkapelle  
Ärztliche Führungen und Vorträge

Geöffnet 10-20 Uhr  
Veranstalter:  
Magistrat/Gesundheitsamt/ in Gemeinschaft mit der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten  
Ortsgruppe Görlitz u. dem Deutschen Hygiene-Museum

ANNENKAPELLE



# Polizei, Reichswehr und Kirche flagen gegen die „Arbeiter-Zeitung“!

Breslau, 24. Mai.

## Zwei Leutnants und sieben Mann retten Kleibömer

Nicht weniger als drei Anklagen gegen die „Arbeiter-Zeitung“ wurden gestern vor dem Schöffengericht im Zimmer 65 des Landgerichts verhandelt. In allen drei Fällen war als verantwortlicher Redakteur der Genosse Thomas angeklagt. Die erste Sache betraf einen Artikel, durch den sich zwei Polizeibeamte beleidigt fühlten, weil in ihm geäußert worden war, daß sich die Betroffenen in der Nacht zum 10. Juli 1927 einem in Haft genommenen betrunkenen Arbeiter namens Kirsh gegenüber in geradezu unmenschlicher Weise benommen hätten, indem sie den sich Sträubenden dauernd heftig mit den Gummiknüppeln über den Kopf schlugen, so daß er wie bewußtlos dalag. Das hatten gegen zehn Zeugen aus dem Publikum beklundet, auf deren Information der Artikel beruhte. Einige dieser freiwilligen Gewährleute, die politisch durchaus nicht zu uns stehen, hatten auch angegeben, daß der eine Polizeibeamte seinem ganzen Benehmen nach stark angetrunken gewesen sein muß. Auch dieser Umstand mußte natürlich in dem Artikel zum Ausdruck gebracht werden.

Zur Beweisaufnahme marschierten zwei Polizeioffiziere und sieben Mann auf, die, wie üblich, ihre Kollegen in Schutz nahmen und in strenger Haltung zum Ausdruck brachten, wie human die Polizei bei Festnahmen sich immer zu verhalten pflege. Die drei Entlastungszeugen aus dem Publikum bekundeten demgegenüber in völlig einwandfreier Weise, daß das feinerzeitige Verhalten der beiden Polizeibeamten geradezu skandalös war. Besonders der eine Polizist habe dem Festgenommenen, ein kleines Männchen, immer wieder mit voller Wucht den Gummiknüppel über den Kopf gehauen. Nach der Aussage des Zeichners Stein könne der Beamte gar nicht bei klarem Verstand gewesen sein, sonst hätte er nicht derartig barbarisch auf den Wehrlosen eingeschlagen. Polizeileutnant Scholz, der sich als Zeuge, ein Fleischermeister, ein uns politisch fernstehender unter Eid aus, daß er vom Balkon aus, als er den einen Nachtmeister angeknüpelt kommen sah, sofort seiner Frau zurief: „Alte, willst Du mal einen betrunkenen Sipos sehen?“ Bezüglich dieses Zeugen ist noch besonders interessant, daß man ihn auf der Wache, wo er sich freiwillig einfand, erst auszufragen wollte, ob er seine Aussage für oder gegen die Polizei machen wolle. Da man merkte, daß er aus Empörung über das Verhalten der beiden Beamten erschienen war, hielt man es für geraten, ihn späterhin nie vorzuladen. Es muß an das Polizeipräsidium die Frage gerichtet werden, ob dieses Verhalten des Wachthabenden den Dienstvorschriften entspricht! Der Beamte tat so, als wenn dies der Fall wäre und das Gericht unterstellte diese fragwürdige Befundung als wahr.

Angeichts der neun Polizisten waren für den Staatsanwalt Steinberg die Aussagen der Zivilzeugen „nicht stichhaltig“. Leider Gottes hätte ein „gewisses Publikum“ kein Verständnis für den schwierigen Dienst der Polizei. Nachdem der Anklagevertreter noch sein Mißfallen über die „rabuläre Presse“ zum Ausdruck gebracht hatte, beantragte er 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Winter folgte den Ausführungen des Staatsanwalts und erkannte auf 75 Mark Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis.

## „Wilhelminischer Mördersegen“ oder Reichskriegsflagge

Nach der Polizei war es die Reichswehr, die sich durch einen weiteren Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ beleidigt fühlte und deshalb Strafantrag gestellt hatte. Beim letzten Verfassungskongress wehte von der Saganer Reichswehrkaserne die schwarzweißrote Reichskriegsflagge mit der sogenannten Wösch, die nur für scharfe Augen wahrnehmbar ist. Unser Saganer Korrespondent unterlag dem Irrtum, daß von der Kaserne Wilhelms Wösch geweht habe und machte deshalb der Reichswehr den Vorwurf, sie hätte in verfassungswidriger Weise den „wilhelminischen Mördersegen“ geißelt. Es ist klar, daß der Staatsanwalt sich über die „geschmacklose Weise“, in der wir von der schwarzweiß-roten Fahne sprachen, mokieren mußte. Darüber hinaus meinte er, wir hätten doch keinen Anlaß gehabt, anzunehmen, daß die Reichswehr in provokatörischer Absicht eine verfassungswidrige Flagge aufziehen würde. Sein Strafantrag lautete auf 150 Mark Geldstrafe.

Genosse Thomas führte zu seiner Verteidigung aus, daß die Reichswehr bis in die allerjüngste Zeit hinein bei den verschiedensten Anlässen monarchistische Demonstrationen getrieben habe. Man dürfe ihr deshalb den berichteten Saganer Vorfall ohne weiteres zutrauen. Natürlich trat das Gericht nicht unserer Auffassung bei, sondern der des Staatsanwalts, und erkannte seinem Antrage gemäß auf 150 Mark Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis.

## Pastor Sommer und die Zumulte auf dem Erlöserfriedhofe

Das dritte Verbrechen wurde erblickt in einem Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. September vorigen Jahres, der sich mit einem tumultösen Vorgang auf dem Erlöserfriedhof befaßte, zu dem ein Pastor Sommer Veranlassung gegeben hatte. Gleichfalls unter Anklage gestellt war der Kommentar zu einer daraufhin eingesandten „Berichtigung“ des Herrn Sommer, veröffentlicht in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 7. September vorigen Jahres. Der Sachverhalt ist folgender:

Frau Hirschberger von der Trebnitzer Straße, deren minderjährige Tochter durch Freitod aus dem Leben geschieden war, begab sich auf die Rentbantur der Erlösergemeinde, um sich nach der Höhe der Begräbniskosten zu erkundigen. Nach den Auskünften, die ihr vom Rentanten und dann von Pastor Sommer erteilt wurden, mußte die Frau zur Auffassung kommen, daß die normalen Begräbniskosten 11 Mark betragen, daß man ihr aber mit Rücksicht auf ihre Vermögenslage entgegenkommen wolle und von der ursprünglichen Forderung auf 24 Mark herunterzugehen gewillt sei. Pastor Sommer knüpfte seine Mitwirkung an der Beerdigung an die Bedingung, daß ein schlichtes Begräbnis statfinde, weil es sich um eine „Selbstmörderin“ handle, und daß darum, wie es geplant war, der Arbeiter-Gesangverein am Grabe nicht singen und die Arbeitskolleginnen der Verschiedenen keine Girlande neben dem Sarg hertragen dürften. Als der Herr Pastor dann aber auf dem Friedhof sah, daß entgegen-

seinen Weisungen sowohl der Gesangverein als auch die Girlandenträgerinnen erschienen wären, machte er der Mutter der Toten deswegen heftige Vorwürfe. Dadurch geriet die Trauergesellschaft in Erregung. Diese Erregung steigerte sich zur Empörung, als der sonderbare Seelenhirte am Grabe sich nicht schonte, auszusprechen, daß es vollkommen von ihm abhängt, ob die Selbstmörderin, wie er wörtlich sagte, beerdigt werden würde oder nicht. Nachdem die Situation sich derartig zugespitzt hatte, gab der Pfarrer dem Kirchhofswärter die Weisung, daß nunmehr durch ein telephonisch herbeigekurrtes Polizeikommando der Friedhof geräumt werden solle. Natürlich wurde durch diese Provokation des Pfarrers die Empörung des Publikums bis zur Siedehitze gesteigert. Man umringte den Geistlichen, Schimpfworte wurden laut, ja, er soll sogar gepöbelt und geschüttelt worden sein.

Diese Vorgänge waren in dem zur Anklage stehenden Artikel wahrheitsgetreu geschildert und das jeder Menschlichkeit bare Verhalten des Pastors Sommer gebührend angeprangert worden. In seiner Aufregung setzte sich nun Herr Sommer hin und verfaßte eine „Berichtigung“, die auf dem Wege über die vorgelegte kirchliche Behörde an unsere Redaktion gelangte. Da diese Richtigstellung nicht den Tatsachen entsprach, veröffentlichten wir sie mit einem entsprechenden Kommentar, in welchem auch Zweifel bezüglich der Wahrheitsliebe des Herrn Sommers zum Ausdruck gebracht wurden. Das veranlaßte dann das Konsistorium, Strafantrag gegen uns zu stellen.

Zu der Verhandlung waren 10 Zeugen geladen. Die Beweisaufnahme ergab, daß in unserem Artikel keine Liebertreibungen enthalten waren. Sogar ein Mitglied des Kirchenrates gab an, daß er über das Verhalten des Pastors Sommer feinerzeit am Grabe heftig empört war.

Auch der Staatsanwalt mußte in seiner Anklagerede zugeben, daß Pastor Sommers „Berichtigung“ objektiv der Wahrheit nicht entsprach. Trotzdem ereiferte er sich über die Gehässigkeit einer „rabulären Presse“, die ehrfurchtslos an die heiligsten Dinge rühre. Er sah in dem von uns geäußerten Zweifel an der Wahrheitsliebe des Herrn Pastors ein strafbares Delikt und beantragte wegen Beleidigung in zwei Fällen 50 Mark Geldstrafe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, ging mit dem Pastor scharf ins Gericht. Er führte aus, daß hier nicht der Redakteur, sondern Pastor Sommer in der Anklagebank stehen müßte. Es sei für ihn unsagbar, wie ein gebildeter Mann sich am Grabe eines Toten derartig habe benehmen können. Thomas habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und müsse freigesprochen werden.

Auch das Gericht war der Ansicht, daß zum mindesten ein Teil der „Berichtigung“ des Herrn Sommer objektiv unrichtig war. Trotzdem las es aus unseren Ausführungen in zwei Fällen Beleidigungen

heraus und verurteilte den Genossen Thomas hierfür zu 50 Mark Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis.

Nebenher lief eine Verhandlung gegen einen Zeitungsverkäufer, Meier, der beim Ausrufen der den angeblich beleidigenden Artikel enthaltenden Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ den Pastor Sommer einen Pferdejuden genannt haben soll, der mit sich handeln lasse. Er wurde deswegen zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt.

Kritik an solchen geheiligten Einrichtungen des Staates wie Polizei, Militär und Kirche ist verpönt. Doppelt verpönt, wenn sie von der kommunistischen Presse geübt wird. Uns werden natürlich solche Urteile nicht abhalten, wie bisher so auch weiterhin Kritik zu üben, wo das im Interesse des werktätigen Volkes geboten ist. Für uns gibt es in dieser Beziehung keine „geheiligten Institutionen“!

## Gedbrieflich gesucht und doch zur Wahl gegangen

Gegen 11 Uhr vormittags näherte sich ein kleiner Trupp Arbeiter unauffällig einem Wahllokal in einer Straße des Berliner Nordens. Mißmutig blickten die Platatträger der SPD. und der Deutschnationalen auf und riefen nicht einmal die Nummer ihrer Liste den Arbeitern zu.

Nur der junge Mensch, der das Wahlplakat der Liste 5 trug, grüßte mit einem fröhlichen „Rot-Front“, das kräftig erwidert wurde. Der Schupobeamte trabte, gleichfalls schlecht gelaunt und mißmutig, in dem strömenden Regen auf und ab und drehte dem Wahllokal gerade den Rücken, als die Arbeiter eintraten. Fünf, sechs Mann von ihnen hielten sich innerhalb des Wahllokals, das von Arbeitern und Roten Frontkämpfern dicht besetzt war, neben einem Telefon auf.

Der Wahlvorsitzende war deutschnational, zwei Beisitzer gehörten der SPD. an und zwei der KPD. Als einer der Arbeiter, nachdem er in der Zelle seine Wahlscheine in das Kuvert gesteckt hatte, an den Tisch trat, war es in dem Lokal merkwürdig ruhig und alle verstanden deutlich den Namen, den der Arbeiter laut und klar nannte: Hans Pfeiffer.

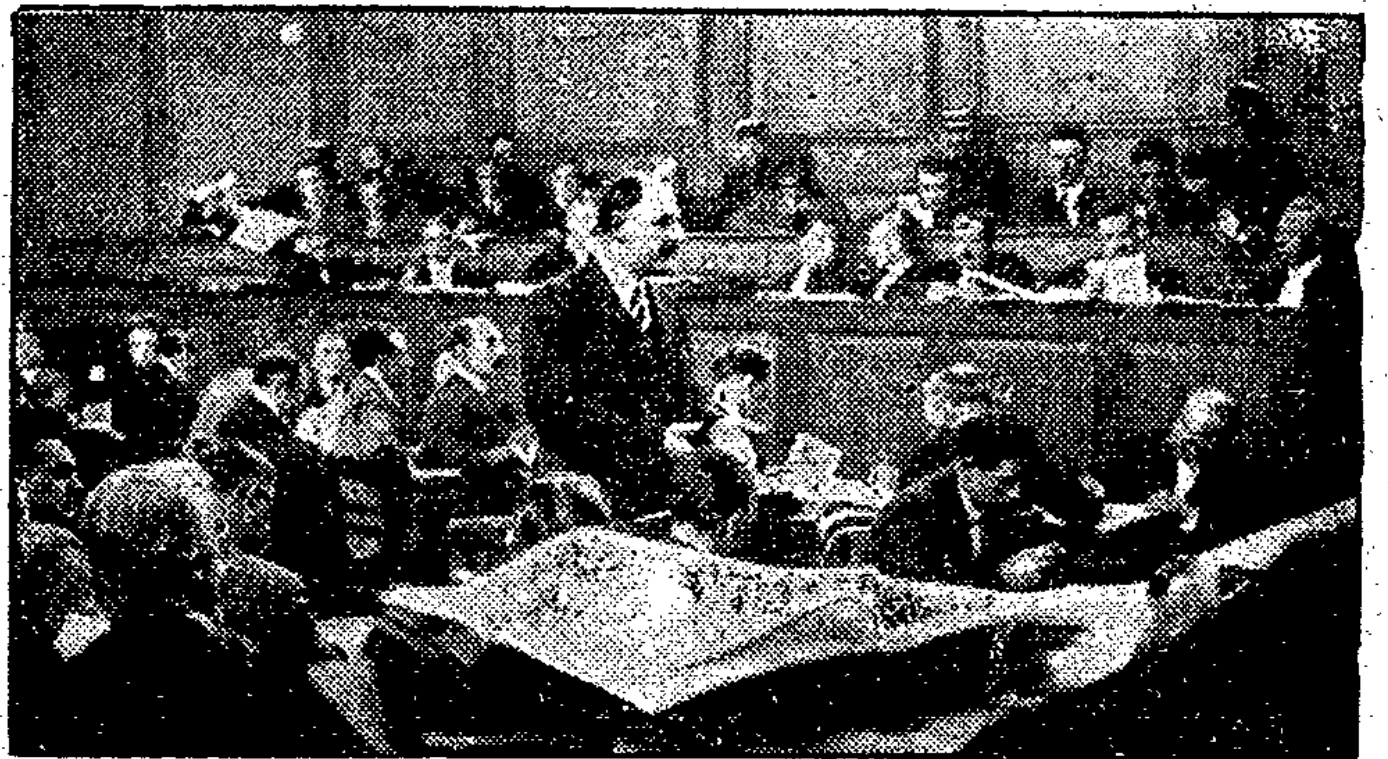
„Wie heißen Sie?“ „Hans Pfeiffer.“ „Und Sie wohnen in Lichtenberg?“

„Ja. Ich habe heute hier im Norden zu tun und komme vor Schluß des Wahlates nicht mehr zurück.“ „So.“ Der Wahlvorstand ließ sich den Stimmschein zeigen, notierte den Fall in seinen Listen und versenkte den Stimmzettel in die Wahlurne.

So wählte der vom Reichsanwalt und der Polizei gesuchte kommunistische Reichstagskandidat Hans Pfeiffer in seinem Berliner Wahllokal. Auch die anderen wegen Hochverrats verfolgten kommunistischen Reichstagskandidaten haben auf die gleiche Weise ihrer Wahlpflicht genügt.

## Autonomistenprozess in Kolmar

(Poincarés Oberstkapitel Bauer, Chef der politischen Polizei in Straßburg, der schon manchen Genossen auf dem Gewissen hat, macht seine sügenhaften Auszagen.)



## Aus Betrieb und Werkstatt

### Der 20. Mai und die Gewerkschaften

Das Resultat der Reichs- und Landtagswahlen bedeutet eine unabweisliche Niederlage der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.

Die ADGB-Führer haben in diesem Wahlkampf einen ungeheuren Kampf gegen die Kommunisten und nur gegen die Kommunisten geführt. Die Gewerkschaftsgelder wurden hemmungslos zur Wahlpropaganda für die Sozialdemokratische Partei ausgegeben, in offiziellen Aufrufen wurde die kommunistische Partei beschimpft und verleumdet, die Millionenaufgabe der Gewerkschaftspresse machte für die SPD-Führer schreiende Wahlpropaganda, kurz, die Gewerkschaften wurden zur Wahlmaschine der SPD gemacht. Die ADGB-Führer hatten sich zum Ziel gesetzt, die kommunistische Partei zu dezimieren. Dummerweise haben sie schon vor den Wahlen in allen Gewerkschaften verkündet, daß die Kommunisten als ein kleines Häuflein aus den Wahlen hervorgehen und bald ganz verschwinden werden.

Und nun das Resultat? Die kommunistische Partei marschiert! Hunderttausende von Arbeitern sind von der SPD zur KPD gekommen. Das beweist schon der gewaltige Stimmenzuwachs der KPD. in den Berliner Arbeiterbezirken und in typischen proletarischen Bezirken im Reich. Wohl hat die SPD auch gewonnen, weil bisherige kleinbürgerliche und kapitalistischer Parteien in Scharen zu ihr gestoßen sind. Aber gerade die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter marschieren trotz der Propaganda der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nach links.

Dieses Resultat ist eine große Ernüchterung für die Gewerkschaftsopposition. Sie weiß jetzt, daß die Sympathie für die Opposition wächst. Sie wird daher um so entschlossener und zielbewußter den richtigen Weg verfolgen gegenüber einer Clique reformistischer Führer, die durch das Aufheben aller Mittel es nicht ver-

mocht hat, den Vormarsch der Opposition zu verhindern.

Das Resultat muß aber jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu denken geben. Ist es nicht noch einmal bewiesen, daß das reformistische Geschwätz vom „Verschwinden der KPD.“ geradezu lächerlich ist? Die KPD. marschiert. Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter müssen aber in den freien Gewerkschaften zusammen gegen das Unternehmertum kämpfen. Welcher ehrliche Arbeiter wird es aber wollen, daß zwischen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine Mauer des Hasses aufgebaut wird, daß sie von den ADGB-Führern gegeneinander gehetzt werden, daß die oppositionellen Gewerkschaftler von den ADGB-Führern beschimpft, verleumdet und aus parteipolitischen Gründen ausgeschlossen werden? Wenn die gewerkschaftlichen Reihen geschlossen bleiben, wenn die Gewerkschaften dem Unternehmertum gegenüber kampffähig bleiben sollen, dann muß es der Opposition möglich sein, ihre Meinung zu sagen, dann dürfen die oppositionellen Mitglieder nicht von den Funktionen ausgeschlossen werden, dann muß die proletarische Demokratie innerhalb der Gewerkschaften wiederhergestellt werden. Das Wahlergebnis wird jedem denkenden Arbeiter zeigen, daß es unmöglich ist, ohne die kommunistisch gestimmten Arbeiter auszukommen, und daß es ebenso unmöglich ist, sie so wie bisher zu unterdrücken.

In dem Kampf um die Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in den freien Gewerkschaften haben alle Arbeiter Interesse, die wollen, daß die Gewerkschaften Kampforgane gegen das Unternehmertum sind.

Darum helfe jetzt jeder ehrliche Arbeiter mit. Die Opposition war stets bemüht, die Einheit der Reihen gegen das Unternehmertum

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt“ und „Lichtenberg“ Wilhelm Blum, für „Kolonien“, „Geflügel“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberirdischen Teil: Fritz Jendryschek, W. D. Gleditsch, für „Internationale“, „Geflügel“.



hergeleitet. Nach den Wahlen gilt es, dem Unternehmertum mit gesteigerter Kampfkraft entgegenzutreten. Um so notwendiger ist es, daß die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die proletarische Demokratie in ihren Gewerkschaften wiederherstellen, und zwar gegen die sozialdemokratischen Führer, die die Kommunisten vernichten wollten, und die sich jetzt im Wahlkampf eine gründliche Niederlage geholt haben.

## Lohnabbau steht bevor!

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ sieht am 22. Mai die Bilanz aus den Lohnbewegungen der letzten Zeit. Mit Befriedigung wird festgestellt, daß die „Kapitalbildung in Deutschland im Lauf der Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht“ hat. Aber gegen weitere Lohnbewegungen mühten Kampfmaßnahmen getroffen werden. Wörtlich wird gesagt:

„Die in der Lohnbewegung erzielten Vorteile würden damit hinsichtlich werden, soweit sie es nicht schon durch die Steigerung der Warenpreise und der Lebenshaltungskosten geworden sind.“

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ gibt also zu, daß die Lohnbewegungen durch die Sicherung der Lebenshaltungskosten hinsichtlich geworden sind. Darauf schreibt sie, daß die Umstände „einen Abbau der Löhne erforderlich machen“. Die Schwerindustrie gibt den Schlichtern der kommenden Koalitionsregierung das Stichwort: Lohnabbau! Die Arbeiterschaft antwortet: Kampf gegen den Preiswucher und gegen tarifliche Lohnbewegungen!

Es wäre aber falsch, die Hoffnungen auf sozialdemokratische Minister und Schlichter zu setzen. Nach genug werden die diesbezüglichen Hoffnungen der Arbeiter zertrübt werden, die heute noch der SPD. folgen. Es ist jetzt notwendig, alle Arbeiter zu mobilisieren zum gewerkschaftlichen Kampf.

## Ausgeschlossen — nach 20 Jahren Organisationszugehörigkeit

Bei der letzten Lohnbewegung in der Holzindustrie gab die kommunistische Partei in Chemnitz ein Flugblatt heraus. Genosse Hoffmann, Chemnitz, der seit 20 Jahren Mitglied des Verbandes und schon lange Funktionär ist, beteiligte sich an der Verbreitung dieses Flugblattes.

Daraufhin erhielt Genosse Hoffmann vom Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes einen Revers vorgelegt, durch dessen Unterschrift sich Genosse Hoffmann verpflichten sollte, in Zukunft jede Kritik an den Maßnahmen der Verbandleitung zu unterlassen. Genosse Hoffmann lehnte selbstverständlich diese Zumutung ab, er läßt sich das Recht der Kritik nicht rauben. Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, daß gegen ihn ein Ausschlußverfahren eingeleitet sei.

Also, wegen Verteilung eines Flugblattes soll ein Funktionär ausgeschlossen werden, der seit 20 Jahren dem Holzarbeiterverband angehört und seit 20 Jahren gewerkschaftlich organisiert ist.

Wir sind davon überzeugt, daß die Chemnitzer Holzarbeiter gegen dieses unerhörte Ausschlußverfahren Sturm laufen werden. Aber auch dieser Fall geht alle Gewerkschaftler an.

# Die werktätige Frau

## Ich weiß!

Ich weiß um euch, ihr Mädchen und ihr Frauen, um eure Fron, um eure bitt're Not. Ich eil' mit euch vor Tagesgrauen an jedem Morgen neu nach fargem Brot.

Ich kenn' die Säle, da die Spindeln lauten, da der Afford euch heßt und treibt. Ich kenn' die Wohnungshöhlen, da die Sorgen haften, da uns're Mütter weilen vor der Zeit.

Auf Kohlenhalben, in den Läden und Kontoren, in den Fabriken überall front ihr. Die Kinder werden zwischendurch geboren. Die „Liebe“, längst verhaubt, eräugt im Bier.

Verflucht, verdammt die ausgetretenen Stufen! Frau, Mutter, Mädchen, nimm z u n s den Schritt! Not müßt ihr werden! Und müßt mit uns rufen die Schwestern, die gleich euch gedard' und sind!

Mit Land und Flitter will man euch die Not zuhängen. Verlangt, begehrt, erkauf't euch Brot und Zeit! Wenn so die Massen ihren Willen drängen, verstoßt die ganze Bürger-Herrlichkeit!

Emil Gintel.

## Die Tragödie einer Affordarbeiterin

Ihr Mann war arbeitslos geworden. Sie mußte sich daher eine Erwerbsmöglichkeit suchen. In einer Herrenkleiderfabrik wurde sie als Näherin angestellt und erhielt zunächst einen Wochenlohn von 26 RM. Als sie sich einige Wochen lang eingearbeitet hatte, wurden ihr von Karl vom Lohn abgezogen. Der Zweck war, sie sollte durch Affordarbeit und entsprechende Wehrleistung danach trachten, den vorherigen Lohn wieder zu erreichen. Die Firma schickte ihr die Verdienstaussicht bei Affordarbeit in rosigem Lichte. Bei harter Arbeit, sagte man, könnten täglich 80 bis 100 Hofen gebügelt werden.

Die Arbeiterin brachte es durch unerhörte Schinderei sogar auf 120 bis 150 Hofen am Tag. Kummehr vertrat die Firma den Standpunkt, daß sie sehr gut 180 Hofen am Tage ausbügeln könne. Bei 180 Stück konnte ein Wochenlohn von 36 RM verdient werden. Natürlich war die Arbeiterin bei einer solchen Schinderei am Abend todmüde und so abgedünnt, daß sie sich oft ins Bett legte, ohne etwas zu essen.

Jetzt trat eine andere Arbeiterin an sie heran, die sich später als Wehrleistungsbefähigte erwies, und legte ihr nahe, doch ihren Lohn auf andere Weise zu erhöhen. Tatsächlich ließ sich auch unsere Arbeiterin zu kleinen Tischarbeiten verleiten. Sie wurde von der anderen Spitzen der Firma angegeben, und fand nun vor dem Kleinen Schiffsgericht in Frankfurt a. M. vor Gericht wurde die ungeheure Ausbeutungsmethode der Firma einwandfrei festgestellt. Aber die Ar-

So geht es nicht mehr weiter mit den parteipolitischen Ausschüssen! Dagegen müssen sich alle ehrlich denkenden Gewerkschaftsmitglieder erheben. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben im Wahlkampf mit den Geldern der Organisation eine wüste Hege gegen die oppositionellen Gewerkschaftler finanziert. In offiziellen Mitteilungsblättern des ADGB wurden diese Mitglieder als „Schwünche des Imperialismus“ und als „Stoßtrupp der Reaktion“ beschimpft. Und dieselben Gewerkschaftsführer, die das schrieben, wollen einen Funktionär ausschließen wegen eines Flugblattes, das nur sachliche Kritik enthält.

Gegen diese Spaltungspolitik der sozialdemokratischen ADGB-Führer müssen überall die im Betrieb stehenden Mitglieder gemeinsam kämpfen. Das Wahlresultat ist eine wichtige Antwort auf die unerhörten Methoden der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Aber jetzt gilt es, gestützt auf dieses Vertrauensvotum, für die Opposition, in allen Gewerkschaften den Kampf um die Herstellung der proletarischen Demokratie mit verstärkter Energie fortzuführen. Trotz aller Provokationen kein freiwilliger Austritt! Das Hege, das Spiel der Reformisten erschauern. Notwendig ist, daß die Opposition durch alle diejenigen Arbeiter verstärkt wird, die noch außerhalb stehen oder die sich bisher von den Reformisten den Versammlungsbesuch verweigern. Diese Schwächen müssen überwunden werden. Heraus gegen die Spaltungspolitik der Reformisten! Es lebe die Geschlossenheit der Gewerkschaften und der gemeinsame Kampf aller Klassenbewußten Arbeiter gegen das Unternehmertum, gegen das Kapital!

## Hohe Belohnung ausgesetzt

Der Wahlerfolg der kommunistischen Partei ist nicht zuletzt auf die von unseren Zellen herausgebrachten Betriebszeitungen zurückzuführen. Diese Betriebszeitungen, vielfach mit der Hand geschrieben, des öfteren auf der Schreibmaschine getippt, durch Illustrationen belebt, waren in allen Betrieben, wo sie erschienen, das Gespräch aller Kollegen. Darin wurde von Kollege zu Kollege gesprochen und die Kapitalisten und ihre Knechte schonungslos angegriffen. Fast jede Nummer war eine Bombe. Die nächste Nummer wurde von den Kollegen freudig und von der Betriebsleitung zitternd erwartet.

Einige überaus glatte Betriebsleitungen haben nach dem berühmtesten Beispiel von Schaefer u. Schaefer in Breslau eine Belohnung für das Ergreifen der Täter ausgesetzt. Zum Beispiel hat das Herr Lübbe bei der Breslauer Städtischen Straßenbahn getan, der seinen Meistern neben ihren Fachkenntnissen auch Detektivfähigkeiten zumutet — natürlich gegen Belohnung. Wir wollen allerdings hoffen, daß die Meister nach dem Grundsatz „Schulter bleib' bei deinem Leisten“ handeln und Herrn Lübbe die Anrufung des Polizeivollzugs empfehlen werden. Oder soll das Beispiel des Herrn Reinert aus der Hauptwerkstatt Röhlsow, welcher angeblich jedem, der beim Verteilen der Betriebszeitung erwischt wird, eigenhändig einige „Leben“ will, Schule machen? Unter den Arbeitern wird sich bestimmt kein Denunziant finden.

Der Eifer, mit dem die Herren Kapitalvertreter den Betriebszeitungen zu Leibe gehen wollen, zeigt, daß unsere Genossen auf dem richtigen Wege sind. Unsere Genossen, die bei Tag und Nacht unter Ausbietung aller Energie und Intelligenz im Dienst der Wahlarbeit gestanden haben, werden nun dafür sorgen müssen, daß die Betriebszeitungen auch nach der Wahl nicht eingehen, sondern weiter periodisch erscheinen und immer mehr an Inhalt und Ausgestaltung gewinnen.

## Straßenbahner-Streik und Wahlen in Frankfurt a. M.

Wenige Wochen vor der Reichstagswahl haben die SPD-Führer in Frankfurt a. M. einen besonders infamen Schurkenstreik verübt. Ihre Vertreter haben im Magistrat gegen die Forderungen der Straßenbahner gestimmt und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben den Straßenbahnerstreik mit aller Brutalität abgewürgt. Aber nicht genug damit. Die SPD. verbreitete im ganzen Reich die Lüge, daß ein kommunistisches Magistratsmitglied gegen die Forderungen der Straßenbahner gestimmt hätte, und daß die Kommunisten an der Niederlage der Straßenbahner Schuld seien. Es verlohnt sich nicht, nochmals auf Einzelheiten einzugehen. Es genügt festzustellen, daß selbst der Magistrat Frankfurt die sozialdemokratische Behauptung offensichtlich als „nicht den Tatsachen entsprechend“ bezeichnen mußte. Das Verhalten der SPD-Führer war im ganzen so schuftig, daß es der kommunistischen Presse gar nicht möglich war, es in genügend scharfen Worten zu brandmarken. Gerade die Arbeiter, die es besonders anging, hätten außerdem geglaubt, daß es sich um „kommunistische Ubertreibungen“ im Wahlkampf handelte. Es genügt heute, der Arbeiterschaft das Wahlresultat zu unterbreiten.

Es erhielten im Stadtbezirk Frankfurt a. M.:

SPD. 31 416 (Dezember 1924: 18 220)

ADGB. 86 157 (Dezember 1924: 88 011)

Die SPD. hat also in Frankfurt a. M. an Stimmen verloren, die SPD. hat 15 000 Stimmen gewonnen.

Im Gebiet Groß-Frankfurt, mit den neu eingemeindeten Orten, zeigt es sich, daß die SPD. 13 000 Stimmen gewonnen, die SPD. 800 Stimmen verloren hat.

Natürlich wirkt nicht nur der Straßenbahnerstreik. Auch die Chemiearbeiter und andere Arbeiterkategorien wurden vertrat. Auch sonstige Umstände sprechen mit. Aber die Behauptung, daß die Kommunisten die Straßenbahner verraten hätten, dürfte nun selbst bei sozialdemokratischen Arbeitern als Lüge erkannt sein.

## Arbeiterkorrespondent,

mit der Feder in der Hand hast du neben der vielen anderen Arbeit den Wahlkampf erfolgreich unterstützt. Rühm ist die Wahl vorbei. Neue Aufgaben,

## neue Arbeit

steht vor dir. Gewiß diskutieren deine Arbeitskollegen eifrig den Ausg. der Wahlen und machen Vorschläge, was die SPD. und ADGB. machen mühten, um den Wahlerfolg im Interesse der Arbeiter auszuwerten.

## Schreibe

uns sofort, welche Ansichten deine Arbeitskollegen zu den kommenden Dingen im Reich und in Preußen haben und was sie im Zusammenhang damit zu dem Schlichtungsgesetz sagen.

Frau Bils-Breslau:

„Der Sozialismus soll mit einer unauffälligen Tendenz an die Frauenmassen herangebracht werden. Das tut die „Frauenwelt“ aber nicht. Es ist nichts davon zu sehen, daß sie eine Erziehung zur Empörung, zum Kampf, zum Klassenbewußtsein zur Revolutionierung der Frauen leistet. . . . Beim Modeteil kann man glauben, daß von der Existenz eines proletarischen Massenlebens in die Redaktion der „Frauenwelt“ noch keine Kunde gedungen sei. Der literarische Inhalt genügt unseren Ansprüchen in keiner Weise.“

Minna Todenhagen-Berlin:

„. . . es muß das letzmal gewesen sein, daß ein solcher Schand in der „Frauenwelt“ erscheint, wie „Die vier Tage der Johanna Werth“. Das ist nicht nur von den Parteigenossinnen in Berlin verurteilt worden, sondern auch ausländische Genossinnen haben ihre Glossen hierüber gemacht.“

Mathilde Wurm-Berlin:

„Für Kritik der „Frauenwelt“ habe ich wenig hinzuzufügen. Die „Frauenwelt“ hat eine Kubrik Schmalhans mit Gerschmal. Solange die Sozialdemokratie besteht, bekämpft sie die Irreführung der Bevölkerung durch Anpreisung von Nahrungsmitteln, die nur Geschmacksstoffe besitzen. An sich werden die billigen Nahrungsmittel leider vom Proletariat am stärksten konsumiert, weil sie für die Käse des proletarischen Haushaltes gerade noch erreichbar sind. Nun wird uns aber in der sozialdemokratischen „Frauenwelt“ ein Rückenpfeil präsentiert, der nichts anderes ist, als der Triumph der Täuschung des proletarischen Magens, wenn statt ausreichender und bestimmlicher Ernährung nur Sättigung empfohlen wird.“

Einflamig wurde auf der Kieler Konferenz eine Resolution angenommen, die die „Frauenwelt“ in der heutigen Form ablehnt und eine völlige Umgestaltung des Blattes im sozialistischen Sinne verlangt.

Ein halbes Jahr nach dieser Konferenz tagte ein Reichs-Frauentag in Berlin, die sich mit der „Frauenwelt“ wiederum befaßte.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ berichtete, daß hierbei in erster Linie Unzufriedenheit zum Ausdruck kam. Im „Vorwärts“ und in seiner Beilage „Die Frauenstimme“ war das nicht zu lesen.

Eine Neubesetzung der Redaktion ist inzwischen erfolgt. Die „linke“ Sozialdemokratin Toni Sender sitzt seit einigen Monaten am Steuer der „Frauenwelt“ und soll sie zum Klassenkampf lenken.

Wir schauen recht scharf hin — können nur beim besten Willen nichts merken, daß das geschieht.

Die völlige Umgestaltung des Blattes im sozialistischen Sinne, die die Kieler Frauenkonferenz forderte, ist im Rahmen der sozialdemokratischen Politik überhaupt nur ein frommer Wunsch.

Die Arbeiterfrauen, die eine Wegweiserin und Beraterin im Klassenkampf wünschen, müssen zum Frauenblatt der kommunistischen Partei, „Die Kampflerin“, greifen.

beiterin, die mit 37 Jahren noch unbestraft war, wurde trotzdem zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Wir entnehmen diese Schilderung dem „Deutschen“, dem Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften. Der „Deutsche“ schreibt dazu:

„Dieser Vorfall lehrt wiederum, daß gewisse Arbeitgeber ohne Gewissensbisse, ohne sittliche Moral, den Arbeiter als ein seelenloses Werkzeug betrachten, das je nach Belieben ohne jedwede Rücksichtnahme für die eigene Profitgier ausgebeutet werden darf. Solchen Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft zu verhindern, ist eine hohe Aufgabe der Gewerkschaften und Betriebsräte. Das Sprichwort: „Afford ist Nord“, hat doch eine gewisse Berechtigung.“

Wir fragen unsere Kolleginnen in den Betrieben: Ist es wirklich so, wie das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften schreibt, daß solche Afford- und Lohnbrüder nur von „gewissen“ Unternehmern angewandt wird? Ist es nicht vielmehr so, daß dieses System der Affordbrüder zu den Hauptbestandteilen der Nationalisierungspolitik gehört? Und diese Nationalisierungspolitik der Unternehmer ist stets noch von den christlichen Gewerkschaften unterstützt worden! Die christlichen Unternehmer vom Schlege Ködner, Thijssen usw. sind darin nicht besser als die anderen.

So aber bleibt der Kampf der Zentrumsparterie und der christlichen Gewerkschaften gegen dieses Nordsystem. Sie kämpfen nicht.

Sondern allein kämpft nur die kommunistische Partei gegen diese widerliche Schinderei der kapitalistischen Nationalisierungspolitik. Darum hat die Arbeiterin keine andere Partei, die ihre Interessen vertritt, als die kommunistische Partei!

## Die sozialdemokratische „Frauenwelt“ im eigenen Spiegel

Die sozialdemokratische „Frauenwelt“, dieses schwarzrotgoldene Blatt der Hausfrau, wurde im März 1924 geschaffen. Die „Gleichheit“, das von Clara Zetkin begründete und ein Menschenalter im Geiste des internationalen Sozialismus redigierte Blatt, das der Parteivorstand im Sommer 1917 „annektierte“ und für den Kriegsozialismus mißbrauchte, ließ man gleichzeitig eingehen.

Die Gründung geschah in einem Moment, als die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Frauen rapide zurückging und der Mißerfolg der sozialdemokratischen Werbearbeit auch bei den Wahlen klar zutage trat. Durch das Heruntergehen auf das Niveau der bürgerlichen Hausfrauenvereinsführung glaubte man, den Einfluß der Sozialdemokratie unter den werktätigen Frauen wieder besitzigen zu können.

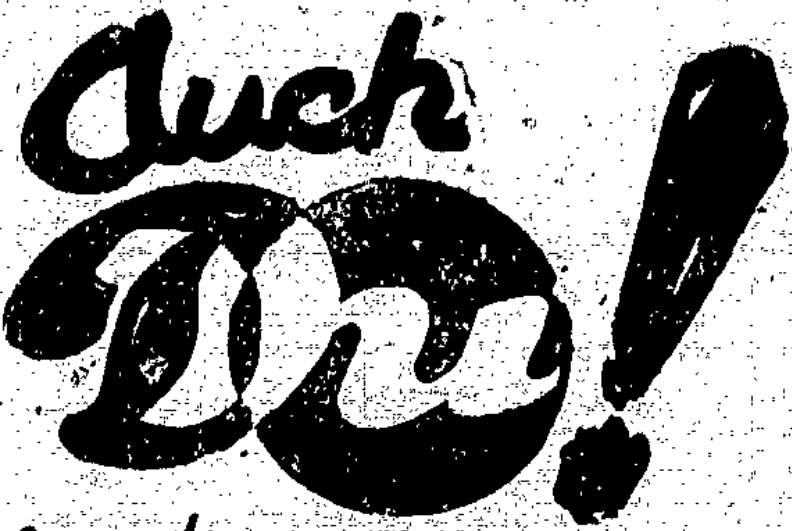
Die sozialdemokratischen Frauen protestierten bereits auf der Berliner Reichskonferenz im gleichen Jahre auf das energischste gegen das neue Blatt und verlangten die Weiterführung der „Gleichheit“. Ihr Protest wurde aber nicht weiter beachtet.

Auf der letzten Reichsfrauentag im Mai vorigen Jahres nun erlaubte sich ein lang angelegelter Troll der SPD-Frauen in einem ordentlichen Gewitter über die „Frauenwelt“. Hören wir nur diese Stimmen selbst.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!



Der sozialdemokratische Werdefuß zur Neuwahl des Stadtparlamentes



muß mitmarschieren zum 4. Reichstreffen des R.F.B. Pfingsten 1928 in Berlin

Achtung! Radfahrer! Der Polizeipräsident teilt mit: Gemäß der Polizeiverordnung über den Straßenverkehr dürfen Radfahrer in den Hauptverkehrsstraßen nur hintereinander, nicht nebeneinander fahren.

Beim Spiel ertrunken. Die 6 1/2 Jahre alte Friedel Gabriel aus Dittowitz spielte am dortigen Kanal. Dabei fiel das Kind in das Wasser und ertrank, ehe Hilfe herbeikam.

Kriminelle Wochenstatistik. In der Woche vom 6. bis 12. Mai wurden 59 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen: Einbruchdiebstahls 1, einfachen Diebstahls 4, Betrug 5, Zechprellerei 1, Unterschlagung 1, Hehlerei 1, Sittlichkeitsverbrechen 1, Körperverletzung 1, Sachbeschädigung 1, Hausfriedensbruch 1, Bettelns und „Arbeitscheu“ 18, feldverleßlich Gefuchte 10, Schußhaft 9.

Achtung! Reichstreffenfahrer! Donnerstag 19 Uhr (nicht 15 Uhr) findet ein Appell sämtlicher Berlinfahrer in der „Stadt Ranslau“, Matthiasstraße, statt. Alle Berlinfahrer müssen in der vorchriftsmäßigen Bundeskleidung erscheinen!

Achtung! Kameraden, Parteigenossen und Sympathisierende, die mit gutem Willen nach Berlin zum Reichstreffen fahren wollen, können sich noch bis Donnerstag 17 Uhr bei Erich Ludwig, Urkufenerstraße 15, melden. Die Fahrt kostet hin und zurück 10 Mark. Abfahrt Freitag 18 Uhr Kurzbahnhof, Neue Antonienstraße.

Achtung! Reichstreffenfahrer! Alle Teilnehmer aus den Untergauen Breslau und Olla u., die mit der Bahn nach Berlin fahren, treffen sich Freitag, 20 Uhr, in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes Breslau; Abfahrt 20,59 Uhr.

Schwoitsch. Vom R.F.D. Sonnabend Mitgliederversammlung und Abrechnung für Mai bei Hoffmann, 20 Uhr. Wegen der wichtigen Tagesordnung (Anschluß an Abt. 2) muß alles erscheinen, auch Neueingetretene haben Zutritt. Jetzt muß auch das Wahlergebnis ausgenutzt werden. In Schwowitz waren 49 R.F.D.-Stimmen, trotzdem die halbe Ortsgruppe nach Tawallen gehen mußte.

Neumarkt. Ueberfahren und getötet. Ein schwerer Kraftwagenunfall ereignete sich auf der Liegnitzer Straße. Der landwirtschaftliche Arbeiter Bombis wurde, als er die Straße überqueren wollte, von einem Kraftwagen erfasst und durch Ueberfahren so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Den Kraftwagen führte Eels. A.D.B., Ortsauschutz. Donnerstag 19 1/2 Uhr im Lokal Volksgarten, Ritterstraße, außerordentliche Ortsauschutzsitzung. Hierzu werden alle Delegierten, sowie die Vorsitzenden der Gewerkschaften geladen. 18 1/2 Uhr dortselbst Vorstandssitzung.

E. H. Das Wahlergebnis zum Stadtparlament liegt nunmehr endgültig vor. Es zeigt klar und einseitig den Linkskurs. Wir Kommunisten haben einen Stimmenzuwachs, wie fast nirgends im Reich. Wir haben gegenüber dem 7. Dezember rund 100 % Stimmen gewonnen. Während am 7. Dezember 1924 das Wahlverhältnis der SPD. zur K.P.D. wie 1:13,5 stand, haben wir jetzt dieses Verhältnis auf 1:0,5 zu unseren Gunsten trotz des Stimmengewinns der SPD. verändert. Diese Tatsache ist eine Bestätigung dafür, daß die mit dem offenen Brief eingeleitete Kurswende unserer Partei und auch in Breslau auf dem Wege der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter einen ansehnlichen Schritt vorwärts gebracht hat. Diese Politik mit verstärkter Aktivität bei resoluter und hingebungsvoller Arbeit fortzusetzen, ist gebieterische Pflicht.

Die Sozialdemokratie hat den Wahlkampf mit Lüge und Verleumdung gegen uns geführt; sie hat ihren gesamten Apparat, all ihre Positionen, gestützt auf große finanzielle Mittel, ausgenutzt. Großsinnig verkündeten die sozialdemokratischen Redner die „verrückte Niederlage der Kommunisten“. Mit zügelloser Demagogie versuchten sie ihre Prophezeiungen wahr zu machen. Ueberheblich gestand die „Volkswacht“ den Kommunisten im günstigsten Falle drei Mandate zum Stadtparlament zu.

Nunmehr herrscht Regenjammer trotz des Sieges im Lager der Sozialdemokraten. Herr Darfs Brust entringt sich folgender Sentenz:

„Nur eins ist übel! Einst hat die sozialdemokratische Mehrheit eine Erbschaft von 7 Millionen Ueberschuß hinterlassen. Der Bürgerblock aber hinterließ ein riesiges Defizit von vielleicht 13 oder 15 Millionen. Und das ist es, was uns jeder Luft beraubt, etwa über den Wahlausgang zu triumphieren.“

Man kündigt also nach Abschluß der Wahl einen politischen Kurs an, der sich von dem der Bürgerblockherrschschaft durch nichts unterscheiden wird. Die Personen haben gewechselt, das System und die Politik wird die gleiche bleiben. Die Partei, die von der „Zerstückelung“ des Bürgerblocks dem arbeitenden Volke alle möglichen Vergünstigungen verweigert, die ihren parlamentarischen Einfluß als das entscheidende Mittel zur Vertretung und Durchsetzung der proletarischen Klassenforderungen betrachtet, verweist jetzt plötzlich auf die „realen“ Tatsachen, auf die Hinterlassenschaft der Bürgerblockherrschschaft, und kündigt als ersten Akt ihres parlamentarischen Sieges die Befreiung der notleidenden werktätigen Massen an. Das muß bei Arbeitermassen zum Aufhorchen veranlassen.

„Eine rote Rathausmehrheit, das ist das Ziel unseres Kampfes“, so rief Herr Eckstein am Schluß jener sozialdemokratischen Wahlversammlung, und Darf schrieb es jeden Tag in der „Volkswacht“ nieder.

Jetzt ist man mit allen Mitteln bemüht, das Wahlergebnis zu fälschen. Herr Darf muß zu diesem Zweck die Mieterfraktion, die mit einem der SPD. durchaus verwandten Programm in den Wahlkampf zog, vollständig aus seinen Wahlkombinationen ausschalten. Zum gleichen Zweck ist dieser Zeitgenosse bemüht, die Kommunisten mit den Völkischen auf eine Stufe zu stellen. Mit Herrn Darf darüber eine Diskussion zu beginnen, ob die K.P.D. eine Arbeiterpartei ist, erachten wir für überflüssig. Die K.P.D. wird Herrn Darf und seinen Freunden bald Gelegenheit geben, das Gegenteil zu beweisen: nämlich, ob die SPD. eine Arbeiterpartei ist. Zugleich werden wir den „linken“ Freunden des Herrn Darf Gelegenheit geben, ihre radikalen Phrasen selbst zu widerlegen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird unbekümmert um das Blöde Gefläß eines behäbigen Spießhirschs eine konsequente Klassenpolitik im Interesse des Proletariats inner- und außerhalb des Stadtparlamentes durchführen. Wir werden also die SPD. und die Mieter vor die Frage der Ausnutzung der mit den Kommunisten vorhandenen Mehrheit im Rathaus stellen.

Herr Darf versucht bereits den Kurs der SPD. auf die Koalition, auf das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, den sozialdemokratischen Arbeitern weiszumachen, daß die Kommunisten „rotlackierte Abenteuerer aus dem völkischen Lager“ sind. Wir wundern uns nur, daß sich nicht die Feder des famosen Herrn Darf sträubt, als er diesen blühenden Unsinn niederschrieb. Jeder Tag seit Existenz der kommunistischen Partei hat hundertfache Beweise für den rückichtslosen Kampf der Kommunisten gegen die völkischen Banditen erbracht, und mancher unserer Genossen hat dabei ins Gras beißen müssen.

Und wenn Herr Darf den sozialdemokratischen Arbeitern die blutig geschlagenen Helfer seiner Partei als deutlichen Beweis vorhält, daß die Kommunisten keine ehrliche Einheitsfront der Arbeiterklasse zum rückwärtsigen Kampf gegen die Bourgeoisie wollen, so werden wir ihm nicht gestatten, einige bedauerliche Begleiterscheinungen des Wahlkampfes gegen die SPD. für seine Koalitionsklüsterungen und arbeitserfindlichen politischen Absichten auszunutzen. Wir haben festgestellt, daß wir als Partei nicht das geringste Interesse an Schlägereien zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern haben. Unsere politischen Argumente sind stark genug, unsere Politik bedarf gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern keiner Ergänzung durch Schlägereien. Wir wollen die sozialdemokratischen Arbeiter überzeugen und sie durch ihre eigene Erfahrung und unsere Belehrung gewinnen. Also unser politisches Interesse fordert gebieterisch, jede Schlägerei zu verhindern. Vom Gesichtspunkt der politischen Interessen des sozialdemokratischen Parteivorstandes sind Schlägereien zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zur zielungslosen Durchsetzung seiner arbeitserfindlichen Koalitionspolitik erforderlich. Aus diesem Grunde wurden die getreuen Heerschaaren des Herrn Göring zu Kollkommandos gegen die politischen Gegner, vor allem die Kommunisten, zusammengestellt. In Berlin griffen diese Kollkommandos zuerst gegen eine parteilose Arbeiterin ein, die bei der Vorführung Lenin auf einem Schaukampf im SPD.-Wahlstimm ihre Entzückung darüber in einem Zwischengespräch äußerte. Durch ärztliches Urteil wurde befähigt, daß diese Arbeiterin durch die Reichsbannerleute schwer verletzt wurde.

Und auch in Breslau-West haben Reichsbanner-Kollkommandos rote Frontkämpfer geschlagen. Diese bedauerlichen Erscheinungen des Wahlkampfes und die hier und da zutage getretenen Uebergriffe erklären sich aus der gegebenen Atmosphäre. Auch wir könnten mit blutiggeschlagenen Frontkämpfern aufwarten. Und wenn ein roter Frontkämpfer angegriffen wird, wenn versucht wird, das Eigentum unserer Organisation zu beschädigen, dann hat er die Pflicht, es mit aller Kraft zu verteidigen und zu schützen. Uebergriffe geschehen hier und dort. Wenn sie jetzt von Darf wie ein freudiges Ereignis begrüßt, mit marktschreierischer Stimme ausgerufen und für seine klare und einseitige Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ausgenutzt werden, dann werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen, wessen Geschäfte dieser Musterkabele ereblich.

Wir Kommunisten werden unseren Weg, vom Gesichtspunkte der Masseninteressen des Proletariats blickend, vorwärts schreiten. Wir haben nicht die geringsten Illusionen über eine proletarische Mehrheit im Parlament. Wir werden aber den Sozialdemokraten Gelegenheit geben, ihre Worte wahrzumachen. Die Arbeiter, Angestellten, Beamten müssen durch ihre Stellungnahme in den Betrieben, Gewerkschaften und Massenorganisationen entschieden gegen die Versuche der Sozialdemokratie ankämpfen, sich mit Teilen des Bürgertums gegen die Arbeiterklasse zu verbinden. Tausendfach muß der Ruf ertönen: „Der rote Kommunismus, resloße Ausmerzung des Bürgertums aus allen Verwaltungsstellen, Klassenpolitik im Interesse des Proletariats, Kampf gegen die arbeitserfindlichen Geschäfte der Reichs- und Landesregierung, für die Einheitsfront des Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei! Die Arbeiter haben das Wort!“

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.

— Stadteil 3 (West). Alle noch ausstehenden Sammellisten, Wahlsondarmarken, Programme, Maabzeichen müssen bis spätestens Freitag abgerechnet sein.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau.

— Nord. Heute 20 Uhr Gruppenabend bei Käßiger, Trebnitzer Straße 51.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— Abt. 6. Mittwoch 19 Uhr bei Jan's Funktionärsitzung. Bleistift und Papier mitbringen.

— Abt. 3. — Donnerstag 19 Uhr zum Generalappell antreten bei Schneider, Rosenstraße. — Freitag 21 Uhr Abfahrt nach Berlin von Schneider, Rosenstraße.

PASSAGIERE DER III. KLASSE Roman von Kurt Kläber

„Sie“, fuhr er fort und versuchte, ein klägliches Gesicht zu machen, „als ich aber die Wärme dieses Platzes spürte und seine Behaglichkeit, wollte ich am Schluß der Woche nicht wieder heraus, erreichte es auch, daß ich zwei Tage länger darin blieb, und erst am dritten schob man mich zur Seite. Wieder ohne Krach und ohne Aufregung. Einfach so, wie man einen Dredhaufen aus einer Ecke schiebt! Das war noch nicht das Schlimmste!“ Der Lange machte eine Pause und dachte einen Augenblick nach. „Der alte Schwede ging nie mit hinaus in den Steinbruch, er blieb in der Hütte und lockte. Eines Tages, als uns das Regenwetter bis auf die Haut einweichte, schlug ich Krach. Schließendlich konnte auch einmal ein anderer im Loch bleiben und nicht immer dieser „olle“ Schwede. Die vier Kameraden sahen sich an, nickten sich zu, ohne ein Wort zu sagen, und am nächsten Tag stand ich am Kochtopf. Verdammte, war das etne Kocherel. Der alte Herd rüßte die ganze Bude ein, daß ich vor Rauch kaum noch sah, und das, was ich am Mittag den fünf anderen vorsetzte, war alles andere, nur kein Essen für Steinhauer. Sie ließen mich aber trotzdem noch sieben Tage weiter manchen und rauchen, und erst am achten zogen sie mich aus meiner Höhle, die ich jeden Tag mehr verfluchte, und war froh, als ich wieder hinter den Steinen landete. Später hörte ich dann, daß sie auch erst wochenweise gelockt hatten; als sie merkten, daß es der Schwede am besten konnte, hatten sie es ihm gern und für immer überlassen! Das dritte mal!“ der Lange zog sein klägliches Gesicht noch länger, „jil ich aus dem gemeinsamen Rahmen, als ich über die Art des Lohnzahlens und des Einlaufens den Schnabel aufließ. Jeden Freitag kam ein Angestellter aus Harrisburg und brachte uns den Lohn. Er zahlte ihn immer im ganzen dem alten Schweden aus, und am Samstagnachmittag ritt erst der alte Schwede mit dem Geld

ein paar Schluchten weiter, kaufte für die nächste Woche ein, und was übrig blieb, wurde dann am Sonntag verteilt! Das heißt“, sagte der Engländer und lächelte, „jeder, der seinen Teil haben wollte, bekam ihn, aber der, der ihn forderte, war immer nur ich, denn die anderen ließen ihr Geld dem Schweden, wenigstens so lange, bis sie es dringend brauchten oder sich von der Gesellschaft lösten und wieder in ihr Heimatland trachteten! Ich spukte also eines Tages und wollte mein Geld schon am Freitag ganz haben. Sie maulten weder über meine Forderung, noch zog einer ein Gesicht, ich bekam mein Geld und konnte damit tun, was ich wollte. Ich ritt stolz wie ein Freibeuter damit zum Händler, kaufte selber ein, belud den gemieteten Esel vorn und hinten mit meinem Reichtum und kehrte genau so stolz in die gemeinsame Höhle zurück. Nun, ich will nicht viel davon erzählen, wie kläglich ich schon nach der ersten Woche zu Kreuze kroch. Der Händler hatte mich erstens über die Ohren gefahren, wie man es mit jedem Gränhörn macht, das außer der Reihe hockt und seine eigenen Wege gehen will, dann wurden das Grünzeug und die Früchte, die ich gekauft hatte, schon am dritten Tage faul und weß, und bis ich richtig hinter den Schwaden kam, stank auch das Fleisch. Am fünften Tage war ich ganz ohne Nahrung, und wenn mir die guten Kerle am sechsten Tage nicht aus ihrem Topf zugespäßt hätten, wäre ich wohl am siebenten liegen geblieben und läße heute nicht auf diesem Rahm! Halt“, sprach er nach einer längeren Pause weiter und machte ein pissiges Gesicht, „noch eine meiner Schandtaten fällt mir ein. Du sollst sie hören. Jeden Monat einmal kam ein schwarzes Weib zu uns. Sie war nicht schlecht von Statur, fett, überall lief sie etwas aus, aber sonst war sie sauber und einladend. Sie machte die Runde in allen Hütten, war an jedem Sechsten in unserm Stall und an jedem Zwölften erst war sie wieder verschwinden. Auch mit ihr war alles geregelt. Ich schließ der Engländer mit ihr und dann der Neapolitaner, später teilten sich die Spanier in sie, und als Fünfter war ich zugelassen. Ich fand die Art erst greulich, besonders als ich merkte, wie ruhig sich das alles vollzog und wie jeder auf seine Nacht wartete, ohne den anderen zu stören. Diese Gemeinamkeit ekelte mich sogar, besonders als ich hörte, daß die Schwarze noch in drei anderen Hütten ihre Geschäfte hatte. Aber was sollte ich tun. Es war nichts anderes da, und die beinahe feierliche und gemeinsame Art der

Befriedigung schien mir nach und nach anständiger und besser als die Orgien, die ich früher in unseren Junggesellenhäusern erlebt und mit verbrochen hatte. Über der Mensch soll nie für sich prophezeien. Die lange Trennung von der anderen Weiblichkeit erregte langsam ein Liebesgefühl für die schwarze Schöne in meiner noch schwärzeren Seele, und ich lauerte auf sie und auf die Nacht mit ihr wie der bravste und treueste Bräutigam in Carlisle auf seine Braut. Man ließ es auch zu, daß ich mich manchmal schon am Tage mit ihr einließ, wo sie eigentlich unsere Wäsche zu waschen hatte und sonst keine Verrichtungen tat. Als ich mich aber einmal auch nachts außer der Reihe zu ihr legen wollte und sie meine Braut nannte, ja — mich noch zu anderen und verrückteren Belanntnissen verpfleg, wurde es den guten Durschen zu bunt. Sie setzten mich für eine ganze Nacht vor die Tür, geben mir nicht einmal meine Decken heraus, und ich konnte über meine Dummheiten nachdenken. Diese Prozedur kränkte aber mein Ehrgefühl so, daß ich am andern Morgen meine Broden zusammensuchte, dem alten Schweden, der mir aus irgendeiner Neigung besonders gewogen war, heimlich die Hand drückte, und noch am selben Tage das Weite suchte! Das „Mister“, sagte der Lange und brückte abschließend sein Gesicht zusammen, daß es breit und unschön wurde, „ist meine Geschichte. Genügt sie dir oder glaubst du weiter, daß meine Totenrede zu früh gehalten wurde, und die Klasse, deren Ueberläufer sich nicht einmal in der neuen Welt zurechtfinden, sich noch ändern und vermenslichen kann?“ Der Amerikaner fand nicht gleich eine Antwort und versuchte zu lächeln. Der Lange deutete das falsch. „Mister“, sprach er schneller, „die Geschichte ist ernstes als sie klingt. Wir silt das alles wie ein Keulenschlag im Rücken. Was sollen wir in der neuen Gesellschaft, die sich bilden muß und die sich bilden wird, wenn sich die Menschheit nicht aufrufen soll. Wir sind die Wölfe in ihrer Herde, die Hindernisse in ihrem Strom, denn unser ganzes Leben besteht nur aus Egoismus, aus Verlangen nach Besitz, aus Verlangen nach persönlicher Befriedigung, und das alles Best uns in Hirn und Gelbern wie Fleisch — ist hineingewaschen, ist hineingeboren, ist hineingezüchtet!“ „D“, hat der Amerikaner stüg ein, „ich glaube es schon.“



# Waldenburger Bergland

## Osterroth — „vollkommen dem Trunke ergeben“

Die Genossen Merker, Kaiser und Sobotta richteten an das Staatsministerium im Preussischen Landtag folgende

### Anfrage.

Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags zur Prüfung der Beschwerden gegen die Bergbehörden hatten im Jahre 1928 die sozialdemokratischen Abgeordneten Oster und Jakob beantragt, die Untersuchung auch gegen den Bergrat Drissen vom Bergrevier Glabbeck ausdehnen, weil Drissen angeblich dem Trunke ergeben sei und daher als Beamter nicht weiter fungieren könne. Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich durch kleine Anfragen diesem Vorhaben der beiden Abgeordneten im Untersuchungsausschuss angeschlossen. Als Material zum Beweise der Trunkenheit haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Jakob und Oster im Untersuchungsausschuss angeführt, daß Bergrat Drissen mit Bergarbeitern zusammen in der Kneipe geessen und dort Bier und andere alkoholische Getränke zu sich genommen hätte. Im Untersuchungsausschuss wurde jedoch nur festgestellt, daß Bergrat Drissen einmal nach Beendigung seines Dienstes in einem Lokal in Glabbeck am gleichen Tisch, an dem auch einige Bergarbeiter saßen, sein Glas Bier getrunken habe. Der Untersuchungsausschuss ist einmütig zu der Auffassung gekommen, daß dem Bergrat Drissen hieraus kein Vorwurf gemacht werden könne. Trotzdem ist auf Drängen sozialdemokratischer Abgeordneter der Bergrat Drissen auf dem Disziplinarwege durch den Minister für Handel und Gewerbe mit einer Geldstrafe bestraft worden.

Dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe sowie dem Herrn Finanzminister muß bekannt sein, daß der Direktor des größten preussischen Bergwerksunternehmens, der Preusag (der SPD.-Mann Osterroth) Red.) vollkommen dem Trunke ergeben ist und in diesem Zustande sich Ueberriffe zuschulden kommen läßt, die jeder Beschreibung spotten.

In der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1928 benutzte der Abgeordnete Sobotta den D-Zug Nr. 7, der um 12,33 Uhr abends von Bochum abfährt, zu seiner Reise nach Berlin. Als der D-Zug um 1,28 Uhr in Hamm eintraf, wurde die Coupétür geöffnet und herein trat der Direktor Osterroth. Als dieser den Abgeordneten Sobotta sah, ging er aus dem Coupé heraus an die Wagentür und trat dort auf dem Bahnsteig stehenden fünf bis sechs Personen, die ebenfalls völlig betrunken und wahrscheinlich seine Jeschlumpone waren, zu: „Hier liegt der Kommunist Sobotta, dieser Idiot, hier im Coupé. Hier herein, hier könnt ihr ihn sehen.“ Die auf dem Bahnsteig stehenden Personen, darunter Redakteure der sozialdemokratischen Hammer Zeitung, lachten mit ihren verfohlenen Reden: „Der Kommunist Sobotta, der Kommunist Sobotta, wo?

Der Abgeordnete Sobotta blieb trotz dieser Beschimpfungen durch den besoffenen Direktor Osterroth und seiner Begleiterschaft in seinem Coupé ruhig sitzen. Als der Zug sich wieder in Bewegung setzte und Osterroth wieder an die Coupétür kam, wurde er von dem Zugpersonal, das seine vollkommene Betrunkenheit merkte, aus dem Wagen, in dem sich der Abgeordnete Sobotta befand, heraus und in einen anderen Wagen gebracht.

Der Direktor Osterroth ist ein direkter Staatsbeamter, jedoch ist er Direktor der Preussischen Bergwerks-A.G., deren einziger Vertreter die beiden Minister für Handel und Gewerbe und der Finanzminister sind. Der Direktor der Preusag ist in seiner Eigenschaft einem Staatsbeamten wie dem Bergrat Drissen zum mindesten gleichzustellen. Der Bergrat Drissen ist für seine Handlung, die darin besteht, daß er mit einem Arbeiter einige Glas Bier gemeinsam getrunken hat, auf Grund der Sozialdemokratie zur Rechenschaft gezogen und sogar bestraft worden.

Wir fragen nun das Staatsministerium:

1. Ist das Staatsministerium mit dem Verhalten des Direktors Osterroth einverstanden?
  2. Ist das Staatsministerium weiter damit einverstanden, daß der Direktor Osterroth in betrunkenem Zustande im Lande herumreist und Mitglieder des Landtages in der schmutzigsten Weise beschimpft?
  3. Ist das Staatsministerium bereit, diesen Direktor des größten staatlichen Unternehmens sofort von seiner Funktion zu entfernen?
- Berlin, den 7. Mai 1928.

Der in der Anfrage angeführte Ueberfall auf den Genossen Sobotta und das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber dem Bergrat Drissen im Beschwerdeausschuss charakterisiert mit aller Klarheit die sozialdemokratische Kampfmethode. Die Partei des betrunkenen Direktors Osterroth, der sich im Landtage wiederholt seine Trunkenheit an den Kopf werfen lassen mußte, und der manchmal in Ausschüffungen so besoffen war, daß er kaum laufen konnte, diese Partei verlangt die Absetzung und setzt auch die Bestrafung eines mittleren Beamten durch, weil er mit Bergarbeitern (welches Verbrechen! Red.) zusammen an einem Tisch ein Glas Bier trinkt!

Hier drängt sich von selbst jedem Arbeiter die Frage auf: Warum bulden die Minister, warum bulden die Deutschnationalen und die volksparteilichen Grubendirektoren diesen Sozialdemokraten Osterroth als Direktor im Vorstand der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A.G., obwohl sie wissen, welche moralisch verkommenen Mensch er ist? Nun, ganz einfach, sie brauchen ihn zum Betrug an den Bergarbeitern, weil er infolge jahrelanger Tätigkeit als Gewerkschaftsangehöriger des Bergarbeiterverbandes am besten die Schliche und Wege kennt, wie man das Bergproletariat betrügt.

## Groß-Waldenburg

### Gegen die ungeheure Steuerbelastung

Eine Protestkundgebung des Waldenburger Gemeindeverbandes

Am Mittwoch fand in Dittersbach eine Protestkundgebung des Gemeindeverbandes des Waldenburger Industriegebietes statt. Es wurde u. a. eine Entschuldigungen angenommen, in der es heißt:

Die finanzielle Not des Land- und Stadtkreises sowie der Gemeinden im Waldenburger Kohlenrevier ist, wie dort bekannt, überaus groß. Die Ursachen liegen nicht in den Auswirkungen der Nachkriegszeit, sondern vor allen Dingen an der Regelung des Finanzausgleichs im Reich sowie im Staate. Die Aufstellung der Haushaltspläne der beiden Kreise und Gemeinden gestaltet sich infolge der zwangsseitigen Mehrbelastung katastrophal. Die Realsteuern erheben bereits im Etatsjahr 1927 um 20 Prozent. Sie müssen für 1928 um 30 bis 40 Prozent erhöht werden und belasten die gesamte Bevölkerung außerordentlich schwer.

Der von Reich und Staat in Aussicht gestellte innere Finanzausgleich für die eingetretene Verschärfung bei der Besoldungsregelung und den Schulden ist nicht eingetreten.

Die heute in Dittersbach, Kreis Waldenburg, versammelten Kreisräte- und Ratraträtsmitglieder, Stadtverordneten, Schöffen und Gemeindevorsteher der zwei Kreise und aller Gemeinden erbitten zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben ausreichende Mittel und erhoffen, daß der jetzigen Notlage der Kreise und Gemeinden im Waldenburger Kohlenrevier gebührend Rechnung getragen wird.

Sie fordern:

- a) Höhere Beteiligung an den Ueberweisungssteuern, d. h. gerechten Finanzausgleich,
  - b) Gewährung von Ergänzungsausgaben zu den Volksschulstoffen in Höhe der zwangsseitig getragenen Ausgaben,
  - c) Hilfe aus den den Ministern im § 39 des Preuß. Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vom 14. Mai 1927 zur Verfügung gestellten Mitteln,
  - d) Erhaltung der Reichsbahn und Reichsbahn zur Wegeunterhaltung,
  - e) Gewährung höherer Mittel zum Wohnungsbau.
- (Nächstes folgt ein zweiter Artikel.)

**Grubenunfall.** Auf dem Bahnschacht verunglückte der Hauer Frank aus Gottesberg, der bei der Firma Kade im Richtort I der 100-Meter-Sohle, im Querschlag 12. Abteilung, beschäftigt war. Durch ein hereinbrechendes Bergesäß wurde ihm der rechte Unterschenkel zerquetscht.

## Oberes Revier

Die „geistigen“ Waffen. Das Reichsbanner geriet in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Putzschlamm und ist die Plakate der SPD. ab. Ein Trupp dieser „anständigen, gutgebildeten“ Republikaner wurde von unseren Genossen bei Ausführung ihres schändlichen Handwerks ertwischt. Auch in Ober-Hermsdorf machten Mitglieder der SPD. dasselbe Treiben, wurden erklamt und zur Rechenschaft gezogen.

**Wasser, vergib ihnen...!** Am Sonntagvormittag veranstaltete das Reichsbanner mit seiner Knüppelmacht einen Verberzung, welcher sehr lässlich war. Plakate wurden mitgeführt mit der Aufschrift: „Wählt Republikaner!“ Also machen die Arbeiter im Reichsbanner in ihrer Dummheit Bekanntschaft mit dem Reichsbanner, von denen sie bis zum äußersten ausgebeutet werden!

**Fahrradunfall.** Am Sonntag warf ein Schläger einem Radfahrer ein Stück Holz ins Rad. Der Radfahrer kam zu Fall, und nur einem glücklichen Umstande ist es zu verdanken, daß er ohne Verletzungen davonkam. Das Rad wurde beschädigt.

Nieder mit den Paragraphen 218—219! Am vergangenen Freitag fand der vom Volkshaus für Mutter- und Sexualhygiene, Ortsgruppe Gottesberg, veranstaltete öffentliche Vortrag statt. Frau Krause sprach vor einer zahlreichen Zuhörerschaft in guter und verständlicher Weise über die Grundfragen des Lebens und brandmarkte die Schandparagraphen 218—219, mit Hilfe deren in der „freiesten“ Republik immer noch die Frauen der unteren Klasse als Sklaven und Gebärmachinen betrachtet werden, wohingegen in Rußland die Frau aus diesem Joch längst befreit ist. Der Vortrag fand großen Beifall.

## Görlitz

### Gesperrte Straßen in Niederschlesien.

Wegen Umbauarbeiten sind in der Provinz Niederschlesien bis auf weiteres für alle Fuhrwerke folgende Straßenzüge gesperrt: Kreis Görlitz: Die im Straßenzug Görlitz-Sagan liegende Strecke zwischen Reuhammer und Rauscha. Zeitdauer der Sperrung noch unbestimmt. Umfahrt über Freiwaldau-Rohlfurt-Lauban. — Kreis Bunzlau: Die im Straßenzug Löwenberg-Gaynau liegende Strecke zwischen Gr.-Pardmannsdorf und Seitendorf bis 25. Mai 1928. Umfahrt über den sogenannten Viehweg. — Kreis Hoyerswerda: Die im Straßenzug Hoyerswerda-Bauzen liegende Strecke in Raudendorf bis 28. Mai. Umfahrt über Wittichenau.

**Alle Berlin-Fahrer Freitag 20 Uhr im „Felsenkeller“** zur letzten Information. Sonabend früh 5,45 Uhr Treffen am Bahnhof.

**Ein betrunkener Motorradfahrer,** der ohne Licht in scharfem Tempo die Dresdener Straße entlang kam, fuhr ein junges Mädchen an, das mitgeschleift und so schwer verletzt wurde, daß die Verunglückte ins Kreiskrankenhaus Hoyerswerda eingeliefert werden mußte. Die Schuld an dem Unfall trifft den Motorradfahrer.

**Noch kein Bürgermeister in Rothenburg O.** Zum zweiten Male wurde in der Stadtverordnetenversammlung eine erfolglose Wahl des neuen Bürgermeisters vorgenommen. Von 13 Stadtverordneten waren 10 anwesend; von diesen stimmten 6 für Stadtobersekretär K n o r r n in Sorau, während 3 weiße Zettel abgaben und 1 Stimme ungültig war. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde also wieder nicht erreicht.

## Sagan

### Selbstmord eines Reichwehrgeladenen

In der Kaserne erschoss sich der Oberfanerier Rose von der 5. reitenden Abteilung.

**Tom Bliz erschlagen.** Bei einem Gewitter schlug der Blitz in das Haus der Witwe Borwergl in Hausdorf. Er zertrümmerte die Decke in der Stube und löstete den auf dem Betttrand sitzenden 70-jährigen Nachtwächter Krause. Die neben ihm sitzende Enkelin kam mit dem Schreden davon.

**Das Wahlergebnis in Ansbarg.** Sozialdemokraten 47 (früher 55), Deutschnationale 11 (11), Kommunisten 45 (13), Demokraten 7 (15).

## Goldberg

**Tödlicher Unfall.** Auf der Chaussee Goldberg-Gaynau fuhr der Chauffeur Arens mit seinem Motorrad in das Personenauto des Expediteurs Friedrich aus Olgau hinein. Dabei wurde er vom Rade geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

## Haynau

**98 Prozent Wahlbeteiligung in Haynau.** Unter stürkster Beteiligung — 98 Prozent — der Wahlberechtigten erfolgte hier der Wahlakt. Die Genossen und Kameraden führten eine musterhafte Propa-

**Achtung, Bergarbeiter!** Die Auszahlung des Krankengeldes an Mitglieder des Bergarbeiterverbandes erfolgt Sonnabend von 17 bis 18 Uhr im Schützenhaus.

## Schweidnitz

**Rad gestohlen.** Aus dem Keller der evangelischen Knabenschule wurde das Rad eines Schülers gestohlen. Das Rad hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen mit schwarzen Streifen, nach oben gebogene Lenkstange mit roten Griffen.

**Unfall.** An der Ede Markt und Hofstraße stieß ein Auto mit einem Radfahrer zusammen. Personen wurden nicht verletzt.

**Töblicher Unfall.** Der in den 60er Jahren stehende Schneidermeister Krause aus Gorkau kam in der dritten Morgenstunde nach Hause. Er trat auf der Treppe fest und stürzte so schwer ab, daß er tot liegen blieb.

## Freiburg

**Kreuzotternplage.** Für die Tötung von Kreuzottern außerhalb der staatlichen Forsten wird eine Prämie von 50 Pf. für jedes abgelieferte Stück aus der Staatskasse gezahlt. Anträge auf Prämien sind bei den zuständigen Gemeindebehörden oder auch Polizeiverwaltungen zu stellen. Die Sammler haben hierbei die Kreuzottern bzw. deren Köpfe abzuliefern.

## Bolkenhain

**Einbrecher am Werk.** In Girkachsdorf versuchten Diebe in die Gastwirtschaft von Thon einzubrechen. Sie wurden jedoch von einem Hausbewohner verfangen. Ein weiterer Einbruch wurde in das am Bahnhof gelegene Stellwerk verübt. Hier fiel den Dieben ein Betrag von 40 Mark in die Hände. Trotz Hieführung eines Polizeihundes konnten die Diebe bisher nicht ermittelt werden.

## Jauer

**Berichtigung.** Zu dem letzten Bericht von der Ortsauschüffung des A.O.V. stellen wir fest, daß der Former Fiedler am 1. Mai nicht gearbeitet, sondern gefesert hat. Der Bericht war infolge eines technischen Fehlers entfallen und konnte zu Mißverständnissen führen.

## Arbeitersport

### Breslauer Fußball-Gesellschaftsspiele für 2. Pfingsttag.

- 17,00: Stern I — Peterswaldau I, Gräbchen, Maled
- 17,00: 1924 I — Stern I, Landeshut, Landeshut, Verein
- 17,00: VfB. I — Bratislawia I, Oltaschin, Quarg
- 15,00: VfB. II — Tasmania I, Oltaschin, Nieder
- 13,00: VfB. III — Tasmania II, Oltaschin, Gregor
- 17,00: VfB. Sagan I — FSB. I, Sagan, Verein
- 15,00: VfB. II — Bratislawia II, Riemannshöhe, Geier
- 17,00: Königszelt I — Osmiz I, Königszelt, Verein
- 17,00: Wader I — Barmütz I, Kreuzburg, Verein
- 17,30: Union I — Bratislawia I, Dt.-Lissa, Kreismer
- 16,00: Union II — Bratislawia I, Dt.-Lissa, Verein
- 14,45: Union I. Jgd. — Bratislawia I. Jgd., Dt.-Lissa, Verein
- 17,00: Sparta I — West I, Schlachthof, Wiesmach
- 10,00: Stern III — Wader III, Gräbchen, Pfst. A.
- 15,00: Sparta II — Wader II, Schlachthof, Scholz Jr.
- 17,00: FSB. I — Sprottau I, Sprottau, Verein

**Jirlan.** Am Pfingstsonntag spielt auf hiesigem Platze: Stern I — Breslauer Sportklub 1924 I. Das Spiel steigt um 15 Uhr. Das bisher gezeigte Können beider Mannschaften dürfte die Garantie für Vorführung eines gefälligen Spieles sein.

## Niederschlesien

ganda durch. Wenn auch die Knebelformen von der Polizei verfolgt und gehindert wurden, so zeugte doch das Stadtbild am Wahltage von der Arbeit unserer Genossen. In der Stadt hatten wir einen Stimmungsgewinn von gut 100 Prozent, und im Landkreise noch einen höheren Prozentsatz zu verzeichnen. — Genossen, Kameraden, einen Schritt vorwärts haben wir vollzogen, jetzt nicht nachlassen, sondern setzt alle Kräfte an, zu neuen Erfolgen!

## Bunzlau

**Wahlspitter.** Das Wahlergebnis ist am hiesigen Orte und im Kreise für die Partei verhältnismäßig ungünstig. Gegenüber einer ungeheuren Uebermacht von Feinden mit niedrigsten Kampfmethode, allen voran die „Volkstimme“, war dies vorauszu sehen. Welche Auswirkung die Kampfmethode dieses SPD.-Blattes auslösten, war am besten bei der Landpropaganda und in Wahlversammlungen zu beobachten. Vor allem in G r e m s d o r f, wo ein Arbeiter K ä s l e r unseren Genossen, den Kreisabgeordneten G a b e l, der in höchster Form die „Arbeiter-Zeitung“ zum Kauf anbot, mit W e r b e r c h e r beschimpfte. (Wir empfehlen diesem verkehrten Arbeiter, sich bei seinen hiesigen Parteigenossen über G. zu erkundigen.) Als ehrenwerter Bundesgenosse zeigte sich der Führerunternehmer F. K a b u s von der Sandmühlstraße. Ohne Grund denunzierte derselbe einen Genossen wegen Plakatkleben, so daß ein Strafbefehl von 5,75 Mark die Folge war. Diesen Menschen werden wir nunmehr im Auge behalten. — Wie sehr etlichen der Wahlsieg der SPD. in den Kopf gestiegen war, konnte am Sonntag im „Volkshaus“ beobachtet werden. Nachmittags slog ein Arbeiter, ein Veteran der Gewerkschaftsbewegung, ohne schwerwiegenden Grund aus dem Volkshaus, und abends wieder einer, obwohl vollständig nüchtern, trotzdem beide — a F r o n i e — kurz vorher ihren SPD.-Stimmzettel abgegeben hatten. Mußte das sein? — Der „B e r w o l f“ läßt nachträglich eine Erklärung vom Stapel, daß mit seinem Namen Wahlzettel bestrichen wurde, obwohl dies schon 14 Tage so ging. Bestimmt aus X e r g e r, daß trotzdem die „nationale“ Liste so arg zusammengehauen wurde. — Vergessen soll nicht der neugebackene S o k a l e d a k t e u r d e r „V o l k s t i m m e“ werden. Dieses Würschchen, das wirklich nicht nach einem „Arbeiter“ aussieht, konnte es sich nicht verkneifen, uns nach der Wahl herunterzureißen. Nur gemacht! Wir sammeln unsere Kräfte und kommen wieder. So wie Gute Prophezeiung im Kreise aufgehoben wurde, wird sie es auch hier! Wir werden uns das nächste Mal sprechen!

## Aus dem Riesengebirge

**Ein Greis von einem Auto getötet.** Als der 79 Jahre alte Einwohner E s s e l aus Langenau die Dorfstraße überschreiten wollte, wurde er von einem Auto umgeworfen und so schwer verletzt, daß der Tod bald eintrat.

**Kameraden, beteiligt Euch am 4. Reichstreffen des RFB. (Pfingsten in Berlin)**